

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 1/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate 2.00, sechs Monate 3.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Insertionsgebühr beträgt für die erste Spalte 25 Pfennige, für Wiederholungen 15 Pfennige, für Anzeigen 10 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pf. Anfertigung für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 190.

Breslau, Mittwoch, den 16. August 1911

22. Jahrgang.

## Notjahr.

Die Dürre, von der Mitteleuropa und besonders Deutschland in diesem Sommer heimgesucht wird, wird voraussichtlich wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Folgen zeitigen, die sich in den kommenden Monaten mit zunehmender Stärke bemerkbar machen und noch weit über die bevorstehenden Reichstagswahlen hinaus wirken werden. Lauten die Nachrichten von der Brotgetreideernte, die bei quantitativem Rückgang doch eine gute Qualität zu verzeichnen hat, noch nicht gerade entmutigend, so klingt dafür das, was man von den übrigen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion, mit Ausnahme des Weinbaus, in den Tagen zu hören bekommt, geradezu trostlos. Futternot, Viehseuchen, schlechte Kartoffelernte, das alles eröffnet für die Verbraucher in der Stadt ebenso wie für die Kleinbauern auf dem Lande trübe Aussichten. Man rechnet mit einem Anziehen der Fleisch-, Milch- und Kartoffelpreise, infolgedessen aber auch mit einem Abgehen der Brotpreise, kurz mit einer abermaligen allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung. Für die Millionen der Industriearbeiter und der kleinen Beamten bedeutet das eine Verminderung der Kaufkraft ihres Lohnes oder Gehalts, wachsende Entbehrung, Zunahme der Krankheitsfälle, Verschlechterung ihrer gesamten Lebensbedingungen. Die Kleinbauern mögen in der Erhöhung der Preise, die sie für ihre Produkte erhalten, einen oft kaum zureichenden Ersatz des erlittenen Schadens finden. Die Großgrundbesitzer wissen sich zu salvieren, wenn sie nicht noch aus den Hungerpreisen neuen Vorteil für sich ziehen, und der Zwischenhandel erlebt goldene Zeiten!

Das ist das Empörendste an den bestehenden wirtschaftspolitischen Zuständen, daß die Not der Volksmassen für eine kleine Minderheit zur Quelle des Gewinns werden, und daß zu ihrem Vorteil die Preise der notwendigsten Lebensmittel gesteigert werden, noch weit über die von den Weltmarktsverhältnissen diktierte Notwendigkeit hinaus. Wäre die Lebensart vom Gemeinwohl her als eine demagogische Phrase im Munde der bürgerlichen Parteien, gäbe es wirklich ein Volk als ein einheitliches Ganzes, und nicht zwei Nationen im Volke, deren Interessen einander schnurstracks entgegenlaufen, dann müßte die drohende Gefahr eines Notjahres alle Teile der Bevölkerung einander näher bringen, alle müßten sich einigen in dem Wunsche nach Maßregeln, um dem gemeinsamen Feinde erfolgreich zu begegnen. Daß dabei die wirklich arbeitende Bevölkerung des flachen Landes nicht geopfert werden darf, ist für einen Sozialdemokraten selbstverständlich. Es ist selbstverständlich, daß auch der Landarbeiter und der hart Fronende Kleinbauer ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz hat, die ihm die Wirtschaftspolitik des Großgrundbesitzers nicht zu gewähren vermag. Es ist aber ebenso selbstverständlich, daß die arbeitende Bevölkerung der Stadt nicht noch mehr als unbedingt nötig hungern will, um Großgrundbesitzern und Zwischenhändlern die Taschen zu füllen.

Das Wesen unserer Wirtschaftsordnung ist eine allgemeine Anarchie, in der jeder nimmt, was er kriegen kann, und nur die großen Räuber sind es, die den Schutz dieser sogenannten Ordnung genießen. Die Sozialpolitik setzt den Preisen der Lebensbedürfnisse Grenzen nach unten, aber nicht nach oben. Sie verhindert das Einabgleiten der Preise unter die Summe der Weltmarktpreise plus Zoll, sie verhindert aber nicht ihre phantastische Steigerung durch gewissenlose Preistreiber. Sie schützt Reiche, indem sie Arme zum Hungern zwingt. Stünde es so, daß die wohlhabenden Leute etwas mehr zu zahlen hätten, damit der Bauer leben kann — wer wollte sich einer solchen Einrichtung widersetzen? Aber die herrschende Wirtschaftspolitik mästet Großgrundbesitzer und verteuert den Arbeitern das Brot; sie wirkt die konsumierenden Massen dem Zwischenhandel als schulpflose Beute hin. Und mehr noch: Während sie das Einkommen eines kleinen Teiles der Bevölkerung durch staatliche Eingriffe erhöht, tritt sie den Arbeitern, die ihr Einkommen entsprechend den gestiegenen Preisen zu erhöhen suchen, mit drohend gerechter Faust entgegen.

Der selbe Zentralverband der Industriellen, der den Agrariern das Brot verteuern hilft, fordert neue Zuschüsse gegen die Gewerkschaften und findet dabei die wohlwollende Unterstützung der konservativen Partei.

Die Arbeiter müßten eine Sammelherde sein, oder sie müßten Wasser statt Blut in den Adern haben, würden sie sich einer solchen Wirtschaft nicht mit dem Mut der Verzweiflung widersetzen. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen die ehrlich schaffende Arbeit des platten Landes, sondern gegen die Grundrente müßiger Großbesitzer und gegen zwischenhändlerischen Wuchererzettel, die aus den bestehenden Zuständen den weitaus größten Nutzen ziehen.

Darum heißt es heutzutage: Fort mit den Lebensmittelskandalen, freie Vieh- und Fleischpreise, kein Mißbrauch gesundheitspolizeilicher Maßregeln zu schutzpolizeilichen Zwecken! Kampf um eine freie, auf

gleichem Wahlrecht beruhende Selbstverwaltung der Gemeinden, die mit weitestgehenden Vollmachten gegenüber dem Zwischenhandel in Lebensmittelzusatzstoffen sind! Förderung der Konsumgenossenschaften, um wucherischen Praktiken des Zwischenhandels erfolgreich begegnen zu können; Hochdruck in der gewerkschaftlichen Arbeit, um erhöhte Kosten der Lebenshaltung durch Lohnsteigerung auszugleichen! Ersparnis an militärischen Ausgaben, scharfe Besteuerung der Reichen, um den wirklich Notleidenden in Stadt und Land in ausreichender Weise helfen zu können!

Es klingt wie Loh auf die Not des Volkes, wenn man liest, daß sich zurzeit nicht weniger als eine Million junger, arbeitskräftiger Männer „unter den Waffen“ befindet. Statt sich zur Abwehr zu sammeln gegen den gemeinsamen Feind aller Nationen, das drohende Hungergepöhl, verschleudert man Unsummen menschlicher Arbeitskraft zur Vorbereitung eines großen Völkerschlachtens — und den wahren Patrioten ist's ja mit dem bloßen Vorbereiten auch noch nicht genug! Sie müßten das Notjahr 1911/12 zum Kriegsjahr machen, um im Namen der nationalen Ehre auch das noch zu vernichten, was trotz Dürre und Seuche dem Volke zur Fristung des nackten Lebens übrig geblieben ist. Die Hochschulzöglinge und Schanzmacher sind zugleich die ärgsten Kriegseiferer! Grenzsperr, Arbeiterunterdrückung, Krieg — das ist ihr Notstandsprogramm!

Wenn das Volk zur rechten Zeit die Augen aufmacht, wird es ihm gelingen, die schlimmen Folgen des drohenden Notjahres abzuwehren. Mag dieses Notjahr ein Lehrjahr werden, um die Solidarität aller Arbeitenden gegen ihre Ausbeuter zu verwirklichen!

## Das steuerzahlende Schlesien.

Im preussischen Staate stellte sich im Jahre 1910 die Gesamtzahl der physischen Zensiten auf rund 6 1/2 Millionen. Gegenüber dem Staatsdurchschnitt von 15,94 Prozent beträgt der Anteil der physischen Zensiten an der Bevölkerung in Groß-Berlin 30,59 Prozent; weitgehende Unterschiede jener Anteile bestehen für die einzelnen Provinzen, welcher von 6,89 für Posen, 6,90 für Ostpreußen, 7,24 für Westpreußen, bis zu 17,78 in Schleswig-Volstein, 19,38 in Westfalen und 19,74 Prozent in der Rheinprovinz steigt.

In der Provinz Schlesien waren bei einer Einwohnerzahl von 5.959.918 im Jahre 1910 physische Zensiten vorhanden mit einem Einkommen von mehr als 900—3000 Mark 456.853, über 3000 Mark 67.183, das sind zusammen 524.036 Zensiten, gleich 10,28 Prozent der Bevölkerung. Das Gesamtsteuer-Einkommen in der Provinz stellte sich auf 23.409.913 Mk., das sind auf den Kopf des Zensiten 44,67 Mk., auf den Kopf der Bevölkerung 4,59 Mk. Nichtphysische Zensiten waren in der Provinz Schlesien im Jahre 1910 569 mit einem Steuer-Einkommen von 2.866.076 Mk. vorhanden. Im Durchschnitt des ganzen Staates zahlt der Zensit 41,71 Mk. Staatseinkommensteuer, unter den einzelnen Provinzen am wenigsten mit 27,86 Mk. in Westfalen, am meisten mit 57,81 Mk. in Rheinland. In Groß-Berlin stellt sich die Ziffer auf 55,98 Mk., Breslau 62,70 Mk. Berechnet man die Steuerleistung auf den Kopf der Bevölkerung, so erhält man für den ganzen Staat den Betrag von 6,95 Mk., welcher unter den einzelnen Provinzen übertrifft nur von Rheinland mit 7,58 und von Hessen-Nassau — hier unter dem Einfluß von Frankfurt und Wiesbaden — mit 9,78. Für Groß-Berlin stellt sich die Ziffer auf 17,75 Mk. (Nachdruck verboten.)

## Politische Uebersicht.

### Zur Marokko-Frage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt am Montag an hervorragender Stelle lediglich eine Pariser Meldung des Inhalts:

„Botschafter Cambon und Staatssekretär v. Riberlen-Wächter hatten gestern Nachmittag eine kurze Unterredung. Voraussichtlich wird eine neue Besprechung im Laufe der Woche stattfinden. Der Austausch der Ansichten vollzieht sich weiter in normaler Weise.“

Mit dem schlecht verhehlten Gefühle hoher Genugtuung verbreitet die Presse der Marokko-Interessenten die Mitteilung, daß es im Susgebiet zu Unruhen gekommen ist. Die Stämme des Hinterlandes von Agadir seien vor Tarubant, der Hauptstadt des Susstales, dessen Raub den Brüdern Mannesmann besonders gewogen ist, gezogen, und hätten dessen Abankung verlangt. Die Stadt soll von den Stämmen im Kampf genommen worden sein, wobei mehrere Einwohner ihr Leben lassen mußten. Ueber das Schicksal der in Tarubant anwesenden Europäer, dreier deutlicher Agenten von Mannesmann und dreier Franzosen, liegen bisher keine Nachrichten vor.

Die „Tägliche Rundschau“ behauptet sofort, daß die Stämme, die nach Tarubant gezogen seien, von den Franzosen dazu aufgehetzt wären. Man rechne nicht damit, daß eine Aktion unternommen werden muß, sobald die drei Deutschen, die völlig auf eigene Gefahr in eine unwirkliche

Gegend sich begeben haben, das Opfer eines Angriffs werden sollten. Man darf in diesem Zusammenhang wohl daran erinnern, daß in der „Zukunft“ ein früherer Offizier sich dahin ausgelassen hat, daß es ihm eine Kleinigkeit wäre, in Marokko fortgesetzt Unruhen zu inszenieren. Vielleicht, daß man es in dem vorliegenden Fall schon mit dem ersten Versuch einer solchen Inszenierung zu tun hat.

### Ostpreussische Handwerkerwünsche.

Die ostpreussischen Handwerkskammern haben ihre Forderungen formuliert, um bei den bevorstehenden Reichstagswahlen den Parteien Gelegenheit zu geben, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen. Die Wünsche der bescheidenen ostpreussischen Handwerker, die in punkto Befriedenheit ihren einheimischen Junkern nachsehen, werden in der „Ostpreussischen Handwerkszeitung“ in folgender Zusammenstellung wiedergegeben:

- I. Ausbau der Organisationen des Handwerks.
  1. Aufhebung des § 100 der Gewerbeordnung.
  2. Die befriedigende Lösung der Frage „Fabrik und Handwerk“ unter Heranziehung der Großbetriebe zu den Kosten der Lehrlingshaltung.
  3. Die Errichtung eines Reichshandwerksrats, mindestens aber für Preußen einer besonderen Handwerks-Abteilung im Ministerium für Handel und Gewerbe.
- II. Wirtschaftspolitische Maßnahmen.
  1. Einführung des Beschäftigungsnachweises für einzelne, besonders geartete Gewerbe, besonders für das Baugewerbe.
  2. Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauverordnungen.
  3. Die gesetzliche Regelung des Submissionswesens.
  4. Heranziehung des Handwerks zu staatlichen und öffentlichen Arbeiten aller Art.
  5. Bekämpfung der dem Handwerk schädlichen und nachteiligen Konkurrenz der Gefängnisse, Arbeitshäuser, Konsumvereine, Warenhäuser und Warenbezugsvereine aller Art, sowie der Wanderlager.
  6. Revision der Bäcker-Verordnung.
- III. Sozialpolitische Maßnahmen.
  1. Ablehnung jeder einseitigen, nur das Interesse der Arbeitnehmer berücksichtigenden Sozialpolitik.
  2. Ablehnung jeder irgendwie gearteten Arbeitslosen-Versicherung.
  3. Ablehnung der Arbeitskammern in jeder Form.
  4. Ablehnung jeder Art gesetzlicher oder staatlicher Eingriffe für paritätische Arbeitsnachweise.
  5. Der Erlaß eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen.
  6. Keine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe.

Selbst in Ostpreußen dürften die braven Handwerksmeister mit ihren rückständigen Wünschen wenig Anklang finden: Die Arbeiter und jeder sozialpolitisch nur halbwegs Verständigende muß den handwerklichen Annahmen aufs schärfste entgegengetreten; und die konservativen, die mit den Forderungen wohl sympathisieren, werden sich hüten, in eine Wahlbewegung, in der sie alle reaktionären Krallen weißlich zu verstecken trachten müssen, solche Monstrositäten auf ihre Fahne zu schreiben.

Nur die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ scheint die Forderungen zu den Ihren machen zu wollen, sie druckt sie in Sperrdruck ohne jeden Vorbehalt ab.

### Die internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften.

Im Jahresbericht der Chemiker Handwerkskammer für 1910 findet sich eine Mitteilung, die geeignet scheint, die wahren Ursachen der Vereitelung der gewerkschaftlichen Sonderausstellung der Heimarbeitszeugnisse zu verschleiern. Es heißt dort:

Nach einer Mitteilung des königlichen Ministeriums des Innern beabsichtigte die Generalkommission deutscher Gewerkschaften, sich an der Internationalen Hygiene-Ausstellung zu Dresden 1911 zu beteiligen und hierbei außerhalb des Rahmens der wissenschaftlichen Abteilung noch eine Sonderausstellung „Heimarbeit“ in einem auf ihre Kosten zu erbauenden Pavillon vorzuführen. Es ist vorzugehen worden, etwa 15—16 Heimarbeiter mit ihrem Wohnungs- und Arbeitsgerät in Tätigkeit zu setzen. Hierbei werden auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Heimarbeit erörtert werden.

Das Ministerium des Innern hatte gewünscht, daß diese Veranstaltung unter Mithilfe der Arbeitgeber sowie dritter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unabhängigen sachkundigen Personen ins Leben gerufen worden wäre, wie dies in Frankfurt geschehen ist, und diesen Wunsch der Ausstellungsgleitung gegenüber zum Ausdruck gebracht. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat aber zu erkennen gegeben, daß sie eine Mitwirkung anderer ablehne und an einer eigenen Veranstaltung festhalte.

Das Projekt der Sonder-Ausstellung für „Heimarbeit“ ist übrigens später geichtert.

Diese Mitteilung scheint zu bezwecken, die Schuld an dem Nichtzustandekommen der gewerkschaftlichen Sonder-Ausstellung der Unbuddsamkeit der Generalkommission beizumessen. Demgegenüber halten wir es für angebracht, nochmals mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Generalkommission das denkbar weitestgehende Entgegenkommen zeigte, um die Sonder-Ausstellung zu ermöglichen. Das Entgegenkommen ging sogar soweit, daß man einer Kommission wirklich unparteiischer das Urteil überlassen wollte, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeiterverhältnisse zutreffend wiedergegeben seien oder nicht, und daß sich die Generalkommission selbst damit einverstanden erklärte, daß die Unternehmer im gleichen Pavillon — der von den Gewerkschaften errichtet werden sollte — eine besondere Ausstellung



**Kein Platz für Katorgangefangene!** Nach den Angaben der russischen Hauptgefängnisverwaltung sind in Sibirien bloß ca. 400 „Blöße“ für Katorgangefangene und 1000 beim Bau der Umrudbahn vorhanden. Die Zahl der Katorgangefangenen, unter denen sich ein großer Teil politischer Gefangener befindet, hat aber jetzt die Höhe von 14.000 erreicht und in jedem Monat kommen noch ca. 300 hinzu. Selbst die verächtlichen Katorgangefangnisse im europäischen Rußland erweilen sich für diese Opfer des Jatismus als zu klein und es sollen nun neue Gefängnisse für sie gebaut werden.

**Japanische Barbarei.** Osiatischen russischen Zeitungen zufolge finden in den japanischen Gefängnissen entsetzliche Gräueltaten statt. Die Koreaner, die wegen angeblicher politischer Umtriebe verhaftet worden sind, werden in den Kerzern den furchterlichsten Folterungen unterworfen. Die Gefängnisse sind überfüllt und täglich finden neue Verhaftungen statt. Unter der koreanischen Bevölkerung herrscht die Überzeugung, daß die Mehrzahl der Verhafteten, ohne dem Gericht übergeben zu werden, infolge der Folterungen in den Gefängnissen sterben. In der Tat nimmt die Zahl der Gefangenen, ungeachtet der fortwährenden Verhaftungen, in der letzten Zeit ab. In dem in diesen Tagen bevorstehenden Prozeß der „koreanischen Verschwörer“ werden an Stelle der 300 Angeklagten bloß 150 vor dem Kriegsgericht erscheinen können. Die übrigen sind während der Folterungen zu Tode gemartert worden! So sieht die „Kulturarbeit“ aus, die Japan, unter der wohlwollenden Duldung der europäischen Staaten, im „annetierten“ Korea verrichtet. Selbst die japanischen Zeitungen, die unter der Fuchtel der Polizei stehen, äußern ihre Entrüstung wegen dieser Verbrechen der japanischen Behörden in Korea.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. August.

**Zum Streit bei F. W. Hoffmann, Frankfurterstraße,** schickt uns Herr Hoffmann folgende Berichtigung: Die Angaben des meine Fabrik betreffenden Artikels in Nr. 187, Beilage 1 der Volkswacht vom 12. August 1911, berichtigte ich wie folgt: Es ist im Gegenfatz zu der in dem erwähnten Artikel enthaltenen Mitteilung weder von mir noch meines Wissens von anderen Arbeitgebern die unwahre Behauptung aufgestellt worden, daß der Streit beendet sei. Ich habe nur bekannt gegeben, daß von den 92 ursprünglich am 27. Juni in den Streit Getretenen bereits ein Teil in die Arbeit zurückgekehrt sei und eine weitere Anzahl Arbeitsplätze durch Neueingestellte besetzt wäre, so daß zurzeit überhaupt nur noch etwa 25 Arbeitsplätze zu besetzen seien.

**Die erste Volksversammlung** tagte am Sonntag in Hermannsdorf bei Breslau und zwar unter freiem Himmel. Trotz der großen Hitze waren mehr als 150 Personen aus Hermannsdorf und Umgegend erschienen. Vor Beginn der Versammlung brachte der Arbeiter-Gesangsverein Neulirch und Umgegend das Lied „Auf Freunde“ zum Vortrag. Dann sprach Genosse Seibold-Breslau über das Thema: Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen. In seiner einwählstündigen Rede wies er nach, wie schwer sich die bürgerlichen Parteien, Konservative, Zentrum und wie sie alle heißen, am Volke verhalten haben. Genosse Seibold erwähnte die Anwesenheit zum Schluss, sich auch politisch zu organisieren und die Volkswacht zu lesen, damit sie für den Tag der Abrechnung vorbereitet sind. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung endete mit dem Gesänge der „Internationale“ und einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

**Wißstände auf der Eisenbahn.** Aus unserem Leserkreise erhalten wir folgende Zuschrift: Fünf Stunden in der Eisenbahn zu fahren, ist jetzt kein Vergnügen. Von der Wahrheit dieser Worte kann man sich überzeugen, wenn man von Breslau nach Dirschberger fährt. Die Coupées 4. Klasse sind ständig überfüllt. Ein Wagen hat 11 Stehplätze und 9 Sitzplätze; statt 20 Personen sind jedoch immer bis 30 in einem Wagen eingepreßt. Dazu kommt noch, daß die meisten Fahrgäste Körbe, Pakete usw. mit in den Wagen nehmen. Es kam sich jeder einen Begriff davon machen, wie schlecht in solchen Räumen die Luft ist und wie gesundheitschädlich das Reisen. Die Wagen erster und zweiter Klasse sind sehr oft leer, während in der vierten Klasse alle Reisenden eng beieinander stehen und eine wahre Hölle zu erdulden haben. Es ist doch mindestens darauf zu achten, daß nicht mehr Leute in die Wagen gepreßt werden, als sie nach Angabe der Direktion aufnehmen sollen.

Die Preise für Speisen und Getränke auf den Bahnhöfen sind außerordentlich hoch. Man kann auch hier wieder die Erfahrung machen, daß die alkoholfreien Getränke besonders teuer sind. Eine Flasche Limonade kostet 3 Pf. Die Eisenbeamten, denen der Genuß von Alkohol verboten ist, bekommen sie für 5 Pf. Milch bekommt man in den Buden auf den Perrons überhaupt nicht zu kaufen. Auch dieser Mißstand muß beseitigt werden. Man ermähige die Preise, Sorge vor allem aber auch dafür, daß auf den Perrons außer Bier und Schnaps auch Milch verkauft wird.

Weiter muß allerhöchster Protest gegen die empörende, geistige Bevormundung des Publikums bei Auswahl seiner Reiselektüre erhoben werden. Der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen ist verboten, der Verkauf der „Haareralten“ „Wahrheit“ aber erlaubt. Wir sind nach dem Gesetz freie Staatsbürger und haben das Recht, zu verlangen, daß wir für unser Geld das zu lesen bekommen, was uns paßt und nicht das, was Herr von Breitenbach gütigst bewilligt.

Die Eisenbahn soll in Dienste des Verkehrs stehen. Bei der heutigen Verwaltung ist oft wenig von der Anerkennung dieses Grundsatzes zu spüren.

**Der diebische Arbeitswillige.** Beim letzten Streit bei Dorndorf im Jahre 1910 hatte sich der Schuhmacher Robert Urbanek in Breslau nicht nur als Arbeitswilliger, sondern auch als Streikbrecher hervorgetan. Herr Dorndorf schätzte ihn deshalb ganz besonders und schenkte ihm weit mehr Vertrauen als den übrigen Fabrikangestellten. Wie wenig vertrauenswürdig Urbanek aber war, zeigte sich sehr bald. Es fiel einigen Arbeitkollegen auf, daß Urbanek weit über seine Verhältnisse lebte. Eine von der Polizei bei Urbanek vorgenommene Hausdurchsuchung förderte viel gestohlenen Gut zutage, so daß es keinem Zweifel mehr unterlag, daß er sich durch fortgesetzte Diebstahle in der Dorndorfschen Schuhfabrik die Geldmittel für sein flottes Leben verschafft hatte. Beschlagnahme wurden: Leisten, fertige Schuhe, Oberleder, Kappen, größere Quantitäten Leder, Werkzeuge und noch vieles andere von hohem Gesamtwerte. Herr Dorndorf soll ein sehr langes Gesicht gemacht haben als er hörte, wie einen seiner „nützlichsten“ Arbeiter die Volk et als Spitzhube entlarvete. U. stand am Montag wegen fortgesetzten Diebstahls vor dem Schöffengericht in Breslau. Die ihm zur Last gelegten Diebstahle raumte der Beschuldigte mummwunden ein. Unter den gestohlenen Gegenständen war auch ein solches Schustermesser. Urbanek will es nur deshalb entwendet haben, um sich gegen einen orantierten Arbeiter zu schützen, der ihn angeblich einmal mit einem Gummischläuch „bedröht“ haben sollte. Diese Ausrede erlitten selbst dem Vorstehenden sehr unwillig. Mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch lautete das Urteil auf 5 Tage Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte eine Woche Gefängnis beantragt. Urbanek ist wirklich sehr billig davon gekommen.

**Achtung, Bauarbeiter!** Die Kollegen, die gewillt sind, der Verdichtungsstelle der Bauarbeiter weiter anzugehören, werden hiermit aufgefordert, ihre alten Mitgliedsbücher im Bureau oder bei den Kollegen Robert Szowig, Georgenstraße 10, und Franz Korschig, Fichtelstraße, zur Ausstellung der Mitgliedskarte abzugeben. Die Frist dazu ist bis auf den 30. September festgesetzt. Sollten die alten Bücher bis dahin nicht abgegeben sein, so verlieren die Kollegen ihre Rechte und haben neu einzutreten. Auch die Mitglieder, die dem Verbands seit diesem Jahre wieder angehören, können bei Entrichtung von 50 Pfg. Eintrittsgeld dieser Klasse beitreten. Der Vorstand.

**Von der gleichlosen elektrischen Bahn nach Brodau** wird in der „Proz. Btg.“ noch folgendes gemeldet: Die Gesellschaft ist sich inzwischen über den Wagentyp einig geworden und hat Wagen bestellt, die zur Hälfte Quersitz und zur Hälfte Längssitz haben. Der Gepäck z. m. stimmt, für den wird das Längssitzabteil das bequemste sein. Die Anhängenwagen sind alle mit Quersitzen eingerichtet. Das Personal wird von der Gräbischer Elektrischen Straßenbahn gestellt, ebenso werden die Wagen abends nach erledigtem Verkehre an die Wagen der Gräbischer Straßenbahn angehängen und nach dem Wagendepot an der Ostauer Chaussee mitgenommen und dort untergebracht. In Brodau wird also nur ein Anbau an das Maschinenhaus des Wasserwerks für den Umformer hergestellt.

**Debauung eines Friedhofes.** Der vordere Teil des seit 1898 achlossenen, zum Kloster der Elisabethinerinnen auf der Antonienstraße gehörenden Friedhofes an der Frankfurterstraße, gegenüber der „Bahnen-Kröße“, soll demnächst bebaut werden. Zur Freilegung des Geländes ist die Exhumierung der auf diesem Friedhofsteile befallenen Toten notwendig. Die Arbeiten sind nunmehr in Angriff genommen worden; zahlreiche Gräber wurden in den letzten Tagen geöffnet, und die noch vorgefundenen Gebeine wurden in einem Massengrabe in der Mitte des Friedhofes befalltet. Der hintere Teil des Friedhofes bleibt bestehen.

**Im Eisenbahnzuge beraubt.** Der Galizier Franz Markowski hatte sich mit einem Landsmanne verabredet, nach Strehlen zu fahren, um dort passende Arbeit zu suchen. Die Reise war aber vergeblich, denn die beiden fanden in Strehlen keine Beschäftigung. Markowski, der noch einige Vorräte besaß, ging nun mit seinem Kollegen in ein Lokal und gab ihm dort große Mengen Schnaps, so daß dieser später auf der Rückfahrt nach Breslau der Schlaf übermannte. Darauf hatte es der freigebige Galizier nur abgesehen. Er machte sich unauffällig an dem Schlafenden zu schaffen und zog ihm den Geldbeutel mit Inhalt aus der Hosentasche. Als der Bestohlene beim Verlassen des Zuges auf dem Hauptbahnhofe den Verlust des Geldes merkte, machte er in der Bahnhofs-Polizeiwache sofort Anzeige. Da niemand weiter im Wagenabteil anwesend war als Markowski, wurde eine Leibesdurchsuchung bei ihm vorgenommen, die das gestohlene Gut zum Vorschein brachte. Trotzdem behauptete er dreist den Geldbeutel sei sein Eigentum. Da sich darin aber noch die ebenfalls vermiste Fahrkarte befand und eine zweite Karte in den Taschen des Diebes vorgefunden wurde, bestand an seiner Schuld kein Zweifel. Das Schöffengericht in Breslau hielt eine strenge Bestrafung für angemessen; es erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

**Ein schwerer Baunfall** ereignete sich Montag vormittag auf dem Neubau der Caroluskirche an der Gadystraße. Kurz nach 10 Uhr stürzte ein Innengerüst ein, auf dem vier Maurer und ein Arbeiter beschäftigt waren. Die Maurer konnten sich auf eine Mauer retten, der Arbeiter aber wurde aus einer Höhe von drei Metern herabgeschleudert und erlitt eine schwere Brust- und Kopfverletzung, die seine Unterbringung in einem Krankenhause notwendig machte. Die Ursache des Gerüststurzes soll feierhaftes Rüstmaterial sein.

**Der Breslauer Samariter-Verein** (Verein freiwilliger Krankenträger im Kriege) veranstaltet Sonntag, den 20. August, Nachmittags 4 Uhr, ein Wohltätigkeits-, Sommer-, Blumen- und Kinderfest im Kaiser Wilhelm-Park in Krietern. Programm im Vorverkauf 30 Pf., Kinder frei.

**Zentralverband der Schmiede.** Aus Rücksicht auf die Protokollversammlung am Mittwoch fällt die für den gleichen Tag einderufene Mitgliederversammlung aus.

**Sommer-Theater** (Liedlichs Stabliement). Heute Dienstag geht Richard Jaegers dreifaktige Operette „Die Perle“ zum 4. Male in Szene. Im Garten konzertiert das Breslauer Konzert-Orchester unter Leitung seines Dirigenten Hans Morgen Mittwoch, 16. August, zum 5. Male: „Die Perle“.

**Preisfestsetzungen der städtischen Markt-Notizungs-Kommission.**  
Breslau, den 14. August.

Ware	gute		mittlere		geringe Sorte	
	hoch	niedr.	hoch	niedr.	hoch	niedr.
Weizen, weißer neu	20 10	18 20	19 10	18 20	18 10	17 10
Weizen, gelber neu	19 10	17 10	18 10	17 10	17 10	16 10
Roggen	16 10	15 10	15 10	14 10	14 10	13 10
Erbsen	18 10	17 10	17 10	16 10	16 10	15 10
Gerste	15 10	14 10	14 10	13 10	13 10	12 10
Hirse	12 10	11 10	11 10	10 10	10 10	9 10
Wicken	13 10	12 10	12 10	11 10	11 10	10 10
Bohnen	14 10	13 10	13 10	12 10	12 10	11 10
Erbsen	15 10	14 10	14 10	13 10	13 10	12 10
Wicken	16 10	15 10	15 10	14 10	14 10	13 10
Bohnen	17 10	16 10	16 10	15 10	15 10	14 10
Erbsen	18 10	17 10	17 10	16 10	16 10	15 10
Wicken	19 10	18 10	18 10	17 10	17 10	16 10
Bohnen	20 10	19 10	19 10	18 10	18 10	17 10

Gen. per 100 Pfd. 7.20—7.60 Pfd.  
Saghtroh per 100 Pfd. 4.60—6.20 Pfd.  
Grob-Straw 100 Pfd. 3.00—3.20 Pfd.

**Breslauer Mehlmarkt.** Wehl fest per 100 Pfd. inkl. End Brutto.  
Weizenmehl 00 fest 25.50—30.00 Pfd., Roggenmehl 00 fest 24.75 bis 26.25 Pfd., Roggen - Hausbuden fest 24.25—24.75 Pfd., Roggen - Buttermehl fest 22.50—23.00 Pfd., Weizenmehl befristet 11.75—12.25 Pfd.

**Versammlungen und Vereine.**

**Gewerkschaftshaus.**  
Dienstag, den 15. August:  
**Schwarzarbeiter-Verein.** Versammlung im Saale.  
**Kammer und Hilfsarbeiter.** Versammlung im Zimmer 1.  
Mittwoch, den 16. August:  
**Volks-Versammlung** im Saale.  
**Arbeiter-Radfahrer.** Versammlung Zimmer 1.  
**Sticker-Verein.** 7 1/2 Uhr. Versammlung im Zimmer 2.  
**Handlungsgehilfen-Versammlung** im Zimmer 3.  
Donnerstag, den 17. August:  
**Arbeiter-Sänger-Vereinigung.** Sechsmöthentliche Probe.  
**Frangösischer Unterrieh.** Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.  
**Bauer-Versammlung** im Zimmer 2.  
**Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.** Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.  
Freitag, den 18. August:  
**Leser- und Diskuterklub.** Abends 8 1/2 Uhr im Zimmer 5.  
Sonabend, den 19. August:  
**Verband der Köpfer.** Sommerachtsball.  
**Vorzelluarbeiter.** Versammlung im Zimmer 1.  
**Bildhauer.** Versammlung im Zimmer 5.  
Sonntag, den 20. August:  
**District 7. Gartenfest.**  
**Fisklerer.** 10 Uhr. Versammlung im Billardzimmer.  
**Arbeiter-Radfahrer.** 3 Uhr. Versammlung im Zimmer 5.  
Montag, den 21. August:  
**Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.** Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

## Sozialdemokratischer Verein Breslau.

District 7 (Mikolator).

Unter Sommer- und Kinderferien am Sonntag, den 20. August, im Gewerkschaftshaus veranstaltet. Es besteht im Konzert, Tanz, Kinderbelustigungen und dergleichen. Anfang des Konzerts nachmittags 3 Uhr. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Auch Mitglieder anderer Districte sind freundlichst eingeladen. Das Komitee.

## Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)

Land-District 8 (Bezirk 1, Neulirch). Sonntag, den 20. August, vormittags 10 Uhr: Jahrtag bei Mittsche in Neulirch.

Bezirk 2 und 3, Klein-Mochbern und Maria-Götschen. Sonntag, vormittags 10 Uhr: Jahrtag bei Ulrich in Klein-Mochbern.

Bezirk 4, Hermannsdorf, Arnoldsbühle. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Jahrtag bei Kosneky in Rathen. Da einige Bezirksführer und Delegierte zu wählen sind, ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

**Denkmal.** Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 17. August, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftslokale, Goystraße 7. Tagesordnung: Vortrag und Bericht von der Kreisversammlung.

**Bunzlau.** Achtung! Die Sitzung des Wahlausschusses fällt diesen Mittwoch aus.

**Freiburg.** Öffentliche politische Versammlung. Sonabend, den 19. August, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Germania in Tolzsch. Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Sachse. Der Einberufer: Ernst Fleischer, Freiburg, Sandstr. 10.

**Glogau.** Wahlverein. Mittwoch, den 16. August, abends 8 Uhr: Kommissionsitzung bei Schreiber, Markt 47. Donnerstag, den 17. August, abends 8 Uhr: Versammlung bei Schreiber, Markt 47. Der Vorstand.

**Piegnitz.** Diskussionsabend. Donnerstag, den 17ten August, abends 8 1/2 Uhr.

**Königsfeldt.** Große öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel. Sonntag, den 20. August, nachmittags 3 Uhr, im Garten des Herrn Lauselt. Tagesordnung: „Die politische Lage“. Referent: Franz Feldmann-Langenbielau.

**Reisse.** Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 17. August, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Scholich. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

**Schmiedeberg.** Gewerkschaftskartei. Freitag, den 18. August, abends 8 Uhr: Sitzung im Goldenen Schlüssel. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Gewerkschaftsfest. 2. Verbergsweien. 3. Verschiedenes.

**Strehlen.** Gewerkschaftskartei. Mittwoch, den 16ten August, abends 8 Uhr: Sitzung im Neulirchsaal, hierzu sind sämtliche Funktionäre der Gewerkschaften eingeladen.

**Striegau.** Wahlverein. Montag, den 21. August, abends 8 Uhr: Versammlung für die weiblichen Mitglieder in der Bierquelle.

## Auch politisch muß der Arbeiter organisiert sein,

wenn er Macht und Einfluß im Staat erreichen will. Die Feinde der Arbeiter sind bei reichen Mitteln politisch sehr gut organisiert und versuchen, uns niederzuringen. Darum muß jeder Arbeiter auch Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins sein! Aufnahmebescheinigung und Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 3, II, im Gewerkschaftshause und bei den Districts- und Bezirksführern des Sozialdemokratischen Vereins zu haben.

**Sozialdemokrat ist nicht**  
der, welcher am Bierisch räsioniert,  
sonst aber nichts tut, sondern

**Sozialdemokrat ist nur**  
wer für die Arbeitersache täglich mit-  
arbeitet, seiner Organisation  
angehört, vor allem aber auch

**das Parteiblatt liest.**

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, stündlich, auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirbt und agitiert unablässig für

**die „Volkswacht“.**

Verantwortlicher Redakteur: Emil Schick. — Redaktion und Druckerei: Emil Schick, Glogauerstraße 7. — Verlag von Emil Schick. — Druck von E. Schick, Glogauerstraße 7. — Druck in Breslau. — Druck 2 Blätter.

Die für die Inserate übernommen die Redaktion und die praktische Verantwortung.



**Arbeiter! Genossen!** Agitiert für die Protestversammlungen am kommenden Mittwoch. Auch in Breslau haben die Arbeiter die Pflicht, zu zeigen, daß sie die einzig entschiedenen

## Feinde des Krieges und der gewissenlosen Kriegsbeher sind.

Die drei Versammlungen am Mittwoch müssen wichtig und eindrucksvoll werden, so wie es in Breslau immer war.

Die Versammlungen tagen in folgenden Lokalen:

„Gewerkschaftshaus“,  
Margaretenstraße 17.

„Kronprinz“,  
Westendstraße.

Böpelwitz,  
Hermann Kahl, Böpelwitzstraße 36.

Gute 4. Versammlung findet abends 8 Uhr in Gartlieb bei Niedel statt. Redner: Genosse Philipp.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. August.

#### Geschichtskalender.

16. August.

1899 Der Chemiker Bunsen †.  
1906 Erdbeben in Valparaiso.

#### Die Pflochguder.

Bei der herrschenden Hitze sind die Freibäder die Lustorte des Tages. Sie haben jetzt einen Zuspruch wie nie zuvor. Obenan steht natürlich Berlin, dessen schöne, feine Umgebung für Freibäder wie geschaffen ist. Der Wannsee, der Müggelsee und noch andere Seen sind jetzt die beliebtesten Ziele der Berliner. Sonntags strömen Tausende dorthin, um sich an den sanftigen Gestaden zu sonnen oder auch abwechselnd ins Wasser zu tauchen. Berlin ohne Freibäder ist heute fast nicht mehr denkbar. Jede Zeitung bringt spaßendelnde Artikel darüber, alle Sassenjungens reden davon und alle Neugierigkeiten schimpfen.

Auch Breslau hat sein Freibad: den Liebensteiner See hinter Schelling, zwischen den Dämmen des Schwarzwassers, ist es gelegen. Es kann natürlich nicht an die Berliner Freibäder reichen, die durch ihre saubere und feineren Umgebungen erst einen anziehenden, romantischen Reiz bekommen. Die Umgebung fehlt dem Liebensteiner See. Sie ist kahl, äußerst reizlos. Dafür können sich die Besucher des Bades beim Vorübergehen des vorbeiziehenden Gutes eine tüchtige Nase voll Nüchternheitspöbel mitnehmen, die überreichlich die Nase durchschnitten. Auch ein Reiz, wenn auch ein wenig sonderbarer.

Damit sich der unwissende Leser keine Illusionen macht, wollen wir erst das Wort Freibad, bevor wir über das Badelieben weiter plaudern, etwas verdeutlichen. Stelle sich keiner vor, daß er im Liebensteiner See frei, d. h. kostenlos baden darf! Freibad heißt in Breslau nicht anders, als ein Bad, das im Freien liegt. Und wer hin will, der kann 20 Pfennige berappen und sich dafür allerdings einen ganzen Tag in der Sonne oder im Wasser tummeln. Davon machen jetzt hundert Frauen, Mütterchen und Kinder Gebrauch. Am Sonntag konnte man sogar Tausende zählen. Oder gar noch mehr. Und dazu kommt die große Schar Neugieriger, die die Ufer umgeben und dem bunten Leben zuschauen. Es ist ein buntes Leben, trotz der Primitivität des Bades ist die Anziehungskraft groß, das Leben regt Wadzellen und Kleiderhaken gibt es nur recht wenig. Man hatte jedenfalls nicht auf so großen Zuspruch gerechnet. So legen denn die meisten Badenden ihre Kleider auf den Boden, strecken sich nadelnd daneben hin und halten Wache, bis sie die Glut der Sonnenstrahlen aufstreift und ins Wasser

läßt. Hier kann man sich abkühlen, am besten natürlich nur der, der schwimmen kann. Der Liebensteiner See hat nämlich meistens tiefes Wasser, das Freibad ist fast nur für Schwimmer berechnet, und somit fehlt ihm das, was zu einem richtigen fröhlichen Badelachen unbedingt gehört: nämlich ein seichter, langweiliger Sandstrand.

Ein kleiner Nebenbühnen von dieser Gattung ist zwar vorhanden. Es grenzt an das Damenbad. Und auf diesem Nebenbühnen muß man um einen Platz im Wasser ringen! Es ist zum Vorkommen voll, anstehend der Damen halber, die in der Nähe sind und von denen man nichts sieht, da eine Bretterwand sinnlos die beiden Geschlechter trennt. Bleibt also das Plätschern der Damenfüße die Männer an? Zum Teil scheint es so zu sein. Den Hauptreiz für aber zweifellos das Vorkommen aus, das zwischen Bretterwand und Wasser sich befindet und das gestattet, einen Blick ins Verborgene zu tun. Man kann abwechselnd durch die Spalten, macht sich heißungig die Nase streifen — und was sieht man da drüben? Ein paar nackte Arme (die man auch auf der Straße und im Theater sehen kann) und Beine, bis um eine Hand breit über den Armen ist, alles dann der mehr oder weniger uneheliche Badeanzug bedeckt. Nein, so gefällt Eva sicher keinen gebildeten Mann. Badende Frauen sehen eben nur in den Witzblättern schön aus. In Wirklichkeit sind sie alle garstig, launig und anders, denn Anstand und andere Hülfsmittel, die Befehle verstoßen oder erlösen müssen, fehlen eben. So gefällt Eva auf der Liebensteiner Straße schon besser. Anstehende Mitglieder, den Hals anwaft, und so fort... Aber in dem trübenden Badeanzug? Nein, bei Gott nicht! Lieber schon im Sande liegen und sich die Sonne abwechselnd auf Bauch und Rücken scheinen lassen. Das ist nämlich sehr schön und gesund, und der Körper bekommt dadurch einen so hübschen braunen Anstrich, daß die Zuschauer auf der anderen Seite oft ernstlich erwägen, ob sie einen Insulaner vor sich haben oder einen gewöhnlichen Mittelkurepöbel. So ein braun gebrannter Körper sieht doch ganz anders aus, als der leichenfarbene Körper eines Neulings, der erstmals seine Hülle abstreift, um sonnen zu lassen, was sterblich an ihm ist. Am Liebensteiner See gab es einmal auch ein Familienbad. Das ist vor vierzehn Tagen geschlossen worden. Gründe dazu konnten wir nicht erfahren. Vielleicht war es der Mühsamkeit halber, der männlichen und weiblichen, die jetzt am Ufer hängen. Diese schrien nach unserer Meinung überdies nicht ins Bad, auch nicht auf die Straße, denn sie sind krank. Der ins Bad geht, der will doch die Wohlthat des Wassers, der Luft und der Sonne genießen! Daher auch der Name Bad. Und wer aus diesen Gründen baden geht, der kümmert sich den Teufel was, ob Männlein oder Weiblein neben ihm im Wasser plätschern und läßt sich wohlsein, so gut er kann. Da haben uns die Kleinen, braungebrannten Duden, die

ihrer Körper abwechselnd mit Schlamm beschmiereten, um dann ins Wasser zu steigen, schon besser gefallen. Die schienen von Natur aus zu verhalten wie Maden. In dem See hatte noch ein zierliches Kottelchen. Und es gab der keinen Luftigen Vorbilder gar viele unter den Männern und Frauen.

Sind aus Versehen dem Mitternachts nicht ausgeschlossen? Dann wollen wir betonen, daß das Freibad für Menschen (nur für Menschen) etwas sehr schönes ist. Wir können nur mehrere haben. Denn die Mehrzahl der Badenden amüsiert sich köstlich auf Weife. Es gibt eben nicht bloß männliche und weibliche Pflochguder, wie es nicht nur häßliche sondern auch schön Körper gibt. Ein Freibad kann man das lernen. Ganz genau: nämlich.

#### Aus dem städtischen Markt.

Aus dem Kreise der städtischen Arbeiter wird uns folgendes geschrieben: Den meisten städtischen Räumern ist noch recht frisch der Fall im Gedächtnis, wo der Marktinspektor Herr Adler mit einem langjährig gedienten Wächter verhandelte. Gleich danach erließ Herr Adler einen Befehl, der ein ähnlicher Fall vorgekommen. Der Räumern Neumann mußte Sonntags den Abraum von der Markthalle, Gartenstraße, abholen. Seine Instruktion lautete ausdrücklich, nicht vor 9 Uhr in die Halle einzufahren, da die Standinspektor bis zu dieser Zeit den Verkauf ausüben. Am 30. Juli kurz vor 9 Uhr hält Neumann mit seinem Weichir vor der Halle und verzehrt seine Frühstücksmitteln. Da erscheint der Aufseher Adler und berichtet Neumann in die Halle zu fahren. Höflich verweist Neumann auf seine Instruktion; aber da kam er bei seinem Herrn Aufseher schon an. Um Ruhe zu bekommen, fährt Neumann vor der Zeit in die Halle, wohin ihm der Aufseher folgte. In der Halle hängt der Aufseher mit Neumann aber erst einmal richtig an, so daß sich die Standinspektor hineinmischen und den Arbeiter aufordern, sich das doch nicht alles gefallen zu lassen. Neumann wehrt sie aber ab, da er als sehr ruhiger, stiller Mensch sich schlecht zu verhalten versteht. Standinspektor bietet dem Räumern darauf ihr Zeugnis an. Neumann hatte nach der Instruktion korrekt gehandelt und meinte, ein Recht zu haben, nach einer einwandfreien 18- oder 19-jährigen Dienstzeit eine anständige Behandlung verlangen zu können. Er meldet den Fall dem Marktinspektor. Herr Gebel macht nun Vernehmungen. Sechs bis acht Mal muß Neumann wegen seiner Meldung ins Bureau des Marktinspektors kommen. Gute und scharfe Worte gebraucht Herr Gebel und macht dem schwer beleidigten Arbeiter klar, daß der Aufseher höchstens einen Verweis bekommen, aber er (Neumann) bestraft werden wird. Die allgemeinen gerüchteten Vernehmungen machen den Arbeiter müde, er gerät immer mehr in seelische Erregung und erklärt zuletzt: „Ehe ich die Meldung zurücknehme, gehe ich lieber.“

Der Herr Inspektor gibt nun die Anweisung, daß das Revier des H. sofort von einem anderen Räumern besetzt wird. Neumann nimmt sich die Sache zu Herzen, wird schwermütig und am 12. August erhängt er sich. Nur dem Umstande, daß kurz danach Leute den Erhängten fanden und abhaken, ist es zu danken, daß nicht eine Witwe und 6 Kinder um den Gatten, Vater und Ernährer trauern müssen.

### Kunst, Wissenschaft und Technik.

**Ein von Arbeitern erfandener Flugapparat.** Wie der „Avanti“ aus Terni erzählt, haben zwei Arbeiter der dortigen Eisenwerke lassen einen von ihnen erfandenen Flugapparat patentieren lassen. Die wichtigste Neuerung dieser Erfindung soll darin bestehen, daß der Aeroplane ohne besondere Vorrichtung jederzeit vom flachen Boden starten kann. Ohne Verordnungen kann er, sobald der Motor arbeitet, senkrecht in die Höhe steigen. Außerdem wäre, dem „Avanti“ zufolge, die Steuerung, selbst bei heftigen Winden, wesentlich leichter und sicherer als bei den bisherigen Systemen. Die Erfinder arbeiten zurzeit an einem Modell, der an den Flugmaschinen selbst angebracht werden kann und, durch einen kleinen elektrischen Apparat in Bewegung gesetzt, dem Luftschiffer einen sicheren Abstieg gewähren soll, falls die Flugmaschine versagt. Diefelbe elektrische Vorrichtung, durch die der Fallschirm in Tätigkeit tritt, trennt den eigentlichen Flugapparat von dem Sitz des Piloten, so daß der Apparat abwärts, während das Schiffchen sich langsam senkt. Die beiden Erfinder heißen Domenico Picurilli und Antonio Diamanti.

**Der größte Bagger der preussischen Wasserbauverwaltung.** Das Wasserbauamt zu Emden hat im Jahre 1910 einen Bagger in Betrieb genommen, der in seinen Abmessungen und seiner Leistungsfähigkeit als der größte Bagger der gesamten preussischen Wasserbauverwaltung gelten kann. Die Fabrikationskosten beliefen sich auf 385.000 Mark. Das Schiffsgesäß hat nach Mitteilungen in der „Zeitschrift für Bauwesen“ in der Wasserlinie eine Länge von 45,7 m, eine Breite im Hauptspant von 8,4 m, eine Tiefe im Raum von 4,03 m und einen Tiefgang bei einer vollen Ladung mit 75 t Kohlen und 30 t Wasser von 2,75 m. Der Schiffskörper, der in 11 Räume eingeteilt ist, hat neben einem Tank für 54 t Wasserballast, Kohlenbunkern, Kessel- und Maschinenräumen mit kleiner Werkstätte, weiterhin Wohnräume für vier Matrosen, die notwendigen Feizer und einen Koch, für zwei Maschinenisten, einen Steuermann und einen Baggermeister. Es können für 250 Betriebsstunden Kohlen aufgenommen werden. Die Heizanlage besteht aus zwei liegenden Schiffskesseln mit rückführenden Heizrohren (100 cm Weite). Der Inhalt eines Gemers beträgt 800 Liter. Bei der Ubnahme des Baggers, der sich bisher auch bei stürmischem Wetter vorzüglich bewährt haben soll, ergab sich bei 200 PS in der Stunde eine Leistung von 548 cbm Sand bei einem Kohlenverbrauch von 0,55 kg für 1 cbm Boden.

### Aus aller Welt.

**Die Wetterausichten.** Das Berliner Wetterbureau teilt mit: Von Nordosten ist gestern eine barometrische Depression, die bereits vorgestern einen schmalen Ausläufer nach Schweden entsandt hatte, westwärts vorgedrungen und hat ein flaches Minimum über Schweden ausgebildet: der hohe Luftdruck ist durch diese Bewegung nach Westen zurückgedrängt worden. Während im allgemeinen das heiße, trockene Wetter in Deutschland mit Höchsttemperaturen von 30 bis 31 Grad Celsius vorgestern anhielt, traten im südlichen Westpreußen, Polen und nördlichen Brandenburg nachmittags vielfach Gewitter ein, die an manchen Orten auch stärkere Niederschläge brachten, so meldete Bromberg 9, Königs 8 Millimeter; auch im Norden Berlins hat es stellenweise ziemlich stark geregnet. Im südlichen Bayern, besonders auch in München, lag es in der letzten Nacht an zu regnen; München selbst hatte es gestern früh auf 3 Millimeter Niederschlagshöhe gebracht; seit dem 7. August ist das dort der erste Regenschauer. In Berlin stieg die Temperatur auf 31,1 Grad Celsius empor, sank aber in der letzten Nacht nur auf 20,5 Grad Celsius an der Landwirtschaftlichen Hochschule; es war vorgestern also die wärmste Nacht dieser Witterungsperiode. — Eine freilich nur vorübergehende Milderung des Wetters scheint sich für Dienstag vorzubereiten; das über Schweden liegende Minimum hat die Tendenz, sich in südlicher bis südöstlicher Richtung weiterzubewegen; dabei dürften sich die Winde zunächst weiter nach Nord und Nordwest drehen und etwas mehr Feuchtigkeit mit geringer Abkühlung herbeiführen; bei Rändig zunehmender Bewölkung hätten wir dann zunächst im Küstengebiet der Ostsee, später auch im Binnenlande leichte Regenschauer, zum Teil mit Gewittern, zu erwarten. Es ist aber nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Milderung anhaltenden Regen mit stärkerer Abkühlung bringen wird; vielleicht werden sich bei uns die Ereignisse des Sommers 1904 wiederholen, d. h. daß die Regengrenze östlich von Brandenburg-Polen entlang geht und Mitteleuropa „auf dem Trockenen“ bleibt.

**Neues aus einem alten Goldland.** Sambesha, das zu Portugal gehörige Gebiet zwischen Nord- und Süd-Rhodesien, besitzt Goldschätze die in alter Zeit bekannt waren und die heute fast vergessen sind. Der französische Reisende Albert Bordeau, der im vorigen Jahre das Land durchkreuzt hat, macht in der „Nature“ auf dieses Goldgebiet aufmerksam und gibt

nähere Auskunft über die alten Goldbergwerke, die sich hier noch finden.

Von der Hauptstadt Sambesha, Tete, aus gelangt man zunächst nach Maschinga in einer Reihe von zwei und einem halben Tage durch unwegsames Gebiet. Die alten Minen von Maschinga haben eine Ausdehnung von mehr als 1000 Kilometer Länge. Der Ausbeutung von Goldadern, die hier liegen, stellt sich vor allem in den Berg, daß sie sich nur sehr schwer transportieren lassen werden. Immerhin hat man in beschränktem Umfang die Minenarbeit jetzt aufgenommen. Von dem Goldreichthum Sambesha berichtet in einem 1609 erschienenen Werke ein portugiesischer Mönch, Bruder Joao dos Santos, der erzählt, die Portugiesen hätten damals aus dem Luama genannten Fluß Sambesha, der auch heute noch goldhaltig ist, jährlich 568 Kilogramm Gold; was etwa 1/2 Million Mark nach heutigem Werte bedeutet, gewonnen. Von dieser ausgebeuteten Verwertung des Goldgebietes des Flusses kommt es wohl her, daß sich heute in Sambesha selbst nur noch wenig Gold findet. Von den Schwarzen erzählt der Mönch, daß sie das Gold als ein lebendige Macht auffaßten, die durch die heißen Strahlen der Sonne in der Erde zum Wachsen gebracht werde wie eine Pflanze. Eine ähnliche Auffassung ist auch noch jetzt bei den Eingebornen des Landes vorhanden. Das wird durch folgenden Vorfall erwiesen. Man hatte einen Goldklumpen von einem so großen Gewicht gefunden, daß vier Männer nötig waren, um ihn zu tragen. Der Klumpen wurde vor den Häuptling gebracht, der entscheiden sollte, was mit ihm zu geschehen habe. Der Häuptling versammelte die Bedienten um sich, und diese erklärten nach reiflicher Überlegung, der Goldklumpen wäre die Mutter des Goldes und müßte deshalb in die Erde gebracht werden, damit das Gold nicht aussterbe. Der Bruder des Santos hält es auch für erwiesen, daß Sambesha das berühmte Land Ophir sei, nach dem König Salomo seine Schiffe sandte, um Gold zu suchen. Bekanntlich ist vor einiger Zeit Rhodessa als Ophir in Anspruch genommen worden, und zwar sollten die Ruinen von Simbabwe den Beweis dafür liefern, in denen Gold gefunden wurde. Neuerdings hat man sogar einen Weg von Simbabwe nach der Küste entdeckt, auf dem vielleicht das Gold transportiert werden kann. Aber trotz sorgfältigen Suchens ließ sich in den Ruinen von Simbabwe keine Spur finden, die irgendwelche Anhaltspunkte über diese uralten Rhodessa-Ruinen gegeben hätte. Für Sambesha liegt die Sache etwas günstiger, denn in der zweiten alten Goldmine des Landes, in Schimbalala, hat man an einem Felsen eine merkwürdige Aufschrift aufgefunden, deren räthselhafte Sätze

Solche Fälle sind auf zweierlei Ursachen zurückzuführen: Erstens ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung das Koalitionsrecht wohl in der Theorie, aber nicht in der Praxis anerkennt. Die Arbeiter sollen so rechtlos wie möglich gehalten werden, damit der Gedanke der Organisation nicht so leicht Wurzel fassen kann. Die Reglements für die Arbeiterausschüsse bestimmen, daß sie Wünsche und Beschwerden einzelner nicht vertreten dürfen. Tun es die Arbeiter selbst, so haben sie hinterher Unannehmlichkeiten zu erwarten. Bei Beschwerden an die Deputationen und den Magistrat sind die Beamten immer im Recht, denn sie vertreten bei diesen Instanzen ihre Sache persönlich, und was sie auszusagen, ist den Instanzen das Glaubwürdigere. Der Arbeiter oder seine Organisationsleitung wird dort nicht gehört. Die Beamten sind aber meist Partei und werden sich sicher nicht selbst belasten.

Aus diesen Umständen ergibt sich die andere Ursache. Die Beamten sind eben auch Menschen mit allen Schwächen, und es muß sich ihnen geradezu die Meinung aufdrängen, daß sie mit den Arbeitern machen können, was sie wollen. Wenn nun als Beamte noch Leute in Frage kommen, die viele Jahre die preussische Kasernenausbildung genossen haben und von der Stadt als Militäranwärter eingestellt wurden, so liegt es nahe, daß sie das militärische System auf den städtischen Betrieb zu übertragen versuchen werden. Es müßte uns bekannt an, wenn bei M. versucht wurde, ihr durch fortgesetzte Vernehmungen mühe zu machen, damit er die Meldung zurückziehe. Es gehört im Marzfall schon eine gewisse Kampfesnatur dazu, die Wahrheit ins Protokoll zu bringen. Erst fälschlich mußte ein Arbeiter bei einer Vernehmung den Herrn Inspektor erinnern, ihm doch nicht die Worte im Munde herumzudrehen. Die Arbeiter kennen und fürchten bei Vernehmungen das Zureden in bald guten, bald bösen Worten. Aber nicht jeder ist eine Kampfesnatur, und mancher mag da wohl unterschreiben, was er unbeeinflusst als Wahrheit nicht anerkennen würde. Für die Entscheidungen der höheren Instanzen sind diese Protokolle dann aber maßgebend. Dafür ein Beispiel: Ein Vertrauensmann der Organisation wird auf Veranlassung des Marzfallinspektors besonders auf das Kocn genommen; aber außer geringfügigen Kleinigkeiten kann man ihm nichts anhaben. Man droht mit Klüftung, ohne entsprechende Gründe zu haben und läßt nachher den Arbeiter kommen, um ein Protokoll aufzunehmen. Heute ist Herr Gehel nicht unangenehm, sondern steht ein freundliches Gesicht auf und macht dem Arbeiter klar, daß er ihm eigentlich klüftigen könne; aber wenn er unterschreibt, daß er sich von jetzt an wesentlich im Dienste befinden wolle, solle alles gut sein. Um los zu kommen, unterzeichnet der Mann und überlegt sich erst später, daß er damit dem Herrn Marzfallinspektor ja eine Waffe gegeben und eine dienstliche Verfehlung anerkannt hat. Die Ausnahmebehandlung hat zur Folge, daß man wieder ein Versehen entdeckt und ihm folgt eine Vernehmung. Zur Klüftung langt es aber immer noch nicht und da hilft man sich so. Wieder wird betont, daß der Arbeiter gesundigt werden müsse, dann aber habe er in 8 Tagen zu gehen. Wenn er aber selbst dem Herrn Inspektor klüftige, dann sei das ein großer Vorteil für den Arbeiter, denn er könne noch 14 Tage bleiben. Eine Reihe weiterer ähnlicher Dinge wollen wir unermüdet lassen. In der Behandlung der städtischen Arbeiter ist eine gründliche Veränderung nötig; wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen.

### Einigungsverhandlungen im Kampfe der Schneider.

Die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht sind am Sonnabend gescheitert, aber schon am Montag sind neue Verhandlungen aufgenommen worden. Die beiden Vorlegenden der Arbeiterorganisation und des Unternehmerverbandes hatten gestern eine längere Besprechung, wobei die Unternehmer weitgehendere Zugeständnisse machten. Das Ergebnis der Verhandlungen wird heute eine Generalversammlung der Unternehmer beschließen; Mittwoch werden dann die Streikenden über die Beschlüsse der Arbeitgeber entscheiden.

Die ausländigen Schneider und Schneiderinnen sind guten Mutes und harren ruhig und zuversichtlich im Kampfe. Montag

nachmittag unternahmen sie einen Ausflug in das Lokal von Neuburger in Morgenau, der sich zu einem schönen Familienfeste gestaltete. Zwar hatte keiner einen wohlgefüllten Geldbeutel in der Tasche, aber trotzdem herrschte die hochste Stimmung und man machte sich schließlich auf den Heimweg mit dem Bewußtsein, ein paar fröhliche Stunden verlebt zu haben, die den Konfektionschneidern so selten beschieden sind.

### Zum Streit der Glaser

wird uns geschrieben: Die Zahl der Streikenden hat sich auf 100 Mann erhöht. Zehn Mann sind bis jetzt schon auswärts untergebracht; weitere 10 Leute gehen in den nächsten Tagen ab. Was sich die Arbeitgeber für Mühe geben, Arbeitswillige zu erhalten, beweisen die Inserate im General-Anzeiger, wo die Firma Rich. Wenzel bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 30 Mark Lohn verspricht. Dann können wir noch mitteilen, daß bereits zwei Arbeitgeber unsere Forderungen bewilligt haben. In dem Betriebe von Oswald Wenzel arbeiten neun bis dreizehnjährige Schulfinder, der Kaffeehausbesitzer vom Kirchberge bei Deutsch-Litza und ein Oisebienen-Reisender. Bei der Firma Viehan arbeitet ein früherer Glasermeister, der seines Alters wegen im St. Lazarus-Stift, Klosterstraße, untergebracht ist; ob das zulässig ist, da der Mann dort keine Verforgung hat, wissen wir nicht. Weitere Berichte folgen nach.

Die Urliste für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen aus dem Stadtkreise Breslau liegt vom 16. bis 23. August von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Magistratsbureau IIa, im Stadthaus auf dem Ring (Eingang Topfram, eine Treppe), zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der einwöchigen Frist schriftlich oder zu Protokoll Einspruch beim Magistrat erhoben werden. Später eingehende Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

In die Urliste für die Schöffen und Geschworenen werden alle Deutschen aufgenommen, die u. a. 30 Jahre, zwei Jahre in Breslau sind und in den letzten drei Jahren keine Armen-Unterstützung erhalten haben. Auf das Steuerregister kommt es nicht an; wenn nur sonst alle anderen Voraussetzungen erfüllt sind, müssen auch die Leute in der Urliste stehen, die a r keine Steuern zahlen.

Da Liste der Schöffen und Geschworenen ist bis jetzt recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Mehr als 70 000 Personen sind darin eingetragen, aber nur 15 bis 20 haben sie in den früheren Jahren eingesehen. Gerade die organisierten Arbeiter, die mit Recht verlangen, daß sie als Schöffen und Geschworene hinzugezogen werden, sollen auch beim Einsehen der Liste zahlreich vertreten sein. Als Ausweis ist der Steuerzettel mitzunehmen.

In Hofenhal bei Breslau wurde Sonntag nachmittags eine Volksversammlung abgehalten, die von 150 Männern und Frauen besucht war. Genosse Zent aus Breslau hielt einen Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl. Der Arbeiter-Verein vom „Bundschuh“ leitete die Versammlung mit Gesang an. Genosse Zent vertrat es in seinem Vortrage vornehmlich den Anwesenden vor Augen zu haben, was die kommenden Reichstagswahlen zu bedeuten haben. Er ermahnte reichlich zum Sozialismus. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie. Die Reichstagswahl nahmen auch die Frauen mit Freuden auf. Es ist zu wünschen, daß sich die noch fernstehenden Genossen dem Besonderen anschließen.

Wetterwolken bedeckten Montag nachmittag den Himmel und ließen den lang ersehnten Regen erwarten. Es blühte und donnerte auch über der Stadt und in der Umgegend, aber dem Schoße der Wolken entrann nur wenig Wasser, das sich die Erde mit allem, was darauf lebt, so notwendig braucht. In der Südvorstadt hatten vor einem kurzen kräftigen Platzregen, ebenmäßig der Scheiniger Vorstadt; die innere Stadt und das Nikolaitor dagegen blieben trocken. Von einer Abkühlung ist deshalb auch keine Rede; nach wie vor leidet alles unter den sengenden Sonnenstrahlen und der Gluthitze, die gar kein Ende nehmen will.

Ein Heilsarmeebegräbnis sah Breslau am Sonnabend nachmittag. Eine Schwester der Heilsarmee wurde von der Lemniggrabenstraße aus auf dem Friedhofe in Gräbchen beerdigt. Wie der Bresl. Gen.-Anz. schreibt, erregte der Trauerfundus in den Straßen, die er passierte, das allgemeine Interesse der Passanten. An der Spitze marschierte das Musikkorps der Heilsarmee, welches erste Trauerweisen ertönen ließ. Hinter der Kapelle schritt Oberst Martin aus Berlin und Majorin Breßlau-Breslau, gefolgt von einem Stabe von Offizieren und Offizierinnen. Einige Heilsarmeebrüder trugen vor dem Sarge prächtige Kränze und den ber. Der Sarg selbst war eingedeckt mit dem blau und rot gefärbten Banner der Heilsarmee. Zur Seite, rechts und links, paradierten je drei Heilsarmeebrüder, mit Schärpen in den Heilsarmeefarben. Hinter dem Leidtragenden reichten sich die übrigen Mitglieder der Heilsarmee in staltlichem Zuge an.

So beerdigt jede Religionsgesellschaft, und jede politische Partei ihre Toten, wie sie es für notwendig hält. Es wird auch gewöhnlich keine Achtung daran gehindert. Nur, wenn die Sozialdemokraten einen Genossen zu Grabe tragen, dann reagiert sich die Polizei gewaltig auf und geht schließlich mit Gewalt gegen die Leiche vor, die bei anderen Begräbnissen ohne weiteres erlaubt werden. Es wäre wirklich notwendig, daß bei Begräbnissen alle Bürger und Steuerzahler gleichmäßig behandelt würden.

Achtung! Steinfeger und Hammer! In einigen Nummern des „Breslauer General-Anzeigers“ sucht der Tiefbau-Unternehmer Robert Fiehnner in Kempen i. P. mehrere Steinpolierer, Gesellen und Hammer. Hierzu haben wir zu erklären, daß bei diesem Unternehmer schon mehrmals die Steinleger und Hammer Arbeit angenommen haben, wobei Fiehnner den Leuten Verträge vorlegte, die gleich über mehrere Arbeiten abgeschlossen werden sollten und wozu sehr niedrige Preise für die Ausführung der Arbeiten ausgegeben waren. Außerdem zahlt die Firma den Arbeitern oft keinen Lohn. Da alle Klagen, die von uns angestrengt worden sind, ergebnislos verließen, so werden alle Kollegen gewarnt, bei der Firma Fiehnner Arbeit anzunehmen. Die G. A. u. f. g.

Achtung! Holzarbeiter! Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Bericht vom Gewerkschaftskongress. Der Referent, Kollege Dietrich, wird besonders die Frage der Volksversicherung und das Koalitionsrecht behandeln. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Frauen und Mädchen, die an einem demnächst beginnenden Arbeiter-Samariter-Kursus teilnehmen und sich praktisch ausbilden wollen, werden gebeten, ihre Adresse an Genossen D. Schüg, Volkswacht, einzusenden.

Schaufastensabruch. In der Nacht zum 8. August ist auf der Wauhausstraße ein Schaufasten erbrochen worden und es wurden daraus folgende Gegenstände gestohlen: ein Damen-Teegeschloß aus schwarzem Eisen mit blauen Metallblättern garniert, zwei weiße Kinderhüte von Strohflecht, mit weißer Seide garniert, und eine Anzahl verschiedener Blumen zum Garnieren.

glücken bisher allerdings noch nicht erzielt wurden. Der erste, der die Mienen von Schilmbafe fand und auch in geringem Maße ausbeutete, war ein Deutscher namens Wiele. Es sind hier reiche Goldfelder, und man hat auch Spuren von Gold gefunden, das wie ein Steinbruch frei an der Luft liegt, nicht in Goldadern den Felsen durchzieht. Die Hieroglyphen von Schilmbafe, die ganz einzigartig sind und auch in den südlichen Wäldern von Rhodessa nirgends ein Analogon haben, sind trotz der Bemühungen von Pariser und Berliner Gelehrten nicht entziffert. Hier ruht also noch ein Rätsel, das vielleicht zur endgültigen Heilung des alten Goldlandes Ophir führen dürfte. Das dritte alte Goldbergwerk Sambafas sind die Mienen von Wiele, die am längsten ausgebeutet worden sind, wahrscheinlich bis vor fünfzig Jahren. Sie liegen 200 Kilometer von Tite in einer Höhe von 1100 Meter in gebirgiger Gegend. Man hat in den letzten Jahren versucht, hier die Arbeiten wieder aufzunehmen, aber es sind sehr kostspielige Vorbereitungen notwendig, um die hier liegenden Schätze nutzlich auszunutzen. Auch alte Silberminen gab es in Sambafas, es sind wohl die Bergwerke von Chimra. In dem nächstgelegenen Bomba gebirgen die Krongebirge um das Jahr 1769 Gold und hatten hier auch ein Fort errichtet. Wahrscheinlich aber gibt es in diesen Lande außer den alten Mienen noch andere Goldlager, jedoch vielleicht die zukünftigen Gebirgen Sambafas, ebenso wie die in Rhodessa, von denen berichtet sein werden, die man früher ausgebeutet hat.

Zur Entzifferung der Hieroglyphen bei Tieren. Zur Erklärung der Entzifferung von Hieroglyphen bei Tieren sind von den Fachgelehrten verschiedene Theorien aufgestellt worden. Die meisten Biologen vertreten die Meinung, daß diese Hieroglyphen oder Monogramme durch Kombinationen, d. h. durch Mischung des Keims, während seiner Entwicklung neue Formen hervorbringen, gebildet werden. Da hat nun, wie wir der Zeitschrift „New Relation“ entnehmen, ein amerikanischer Naturforscher interessante Experimente mit den Eiern eines im Meer lebenden Rahnlarvins gemacht, die beweisen, daß derartige Hieroglyphen auch durch Veränderung der chemischen Zusammensetzung des Mediums, in dem die Eier sich entwickeln, hervorgerufen werden können. Er legte nämlich dem Eiern, in dem die Eier des Fisches sich entwickeln sollten, Lösungen von Magnesiumsalzen zu, und die Fische, die nun aus diesen Eiern entstanden, zeigten zu einem hohen Grade aller Formen der Einzigartigkeit, wie sie auch gelegentlich beim Menschen und bei anderen Tieren vorkommen. Da gab es Fische, bei denen die beiden Augen einander bis zur Berührung genähert waren, da gab es solche mit einem völlig normalen Auge auf der einen Gesichtshälfte, während das andere verkümmert war oder ganz fehlte, oder solche mit einem einzigen, sehr kleinen und fast ganz verschlucktem Auge, andere Fische wieder hatten ein vollkommenes, das verlorene Auge, bei noch anderen fehlten beide Augen. Log dieser Hieroglyphen-Entzifferungen konnten alle Tiere untersuchen und Hindernisse vermeiden, wenn sie die normalen geringeren Individuen. Die Frage, warum gerade die Magnesiumsalze derartigen Hieroglyphen verursachen, läßt der Gelehrte übrigens mit der wahrscheinlichsten Erklärung des Magnesiums, das die Empfindungsorgane der Lebewesen bildet, zu erklären.

Zum Ursprung des Wortes Sozialismus und Sozialist. In der „Zeitschrift für deutsche Sozialisten“ vom 2. Juli 1893 wird eine Anzahl interessanter Beiträge zum Ursprung sozialistischer Begriffe und Schlagwörter. Nach W. W. W. soll das Wort Sozialist zum ersten mal in England am 24. August 1833 gedruckt worden das Wort Sozialismus im Februar 1832 von Proudhon's gebraucht worden sein. Die Worte sind aber älter. G. Derville hat darauf hingewiesen, daß der französische Sozialist Ferdinand Lassalle schon am 21. November 1833 in der „Zeitschrift für deutsche Sozialisten“ diesen Begriff in dem Sinne, den wir heute kennen, sich zu bedienen; der Nationalökonom und zum Sozialismus „sozialistisch“. Der Ausdruck wird hier als bereits ganz geläufig vorkommt. Von „Sozialisten“ redet Lassalle in seiner Zeitschrift „La Reforme industrielle“ schon am 12. April 1833.

Großmarkt. In Zuytebude ist gestern nachmittags beim Großen Markt in der Breitenstraße Grobfeuer ausgebrochen, das sich rasch, trotz sofort herbeigerufenen Feuerwehren auf die Lange-straße und auch auf die Straße am See ausbreitete. 29 Wohnhäuser mit einer 20 Stiergebäude wurden eingeschert. Die Rauchföhren aus Hamburg und Harburg hatten den ganzen Rauchweg über bis in die letzten Nebenhöfen hinein zu tun. Erst am letzten Abend gelang es, den Riesenbrand auf seinen Grund zu beschränken. Leider ist dabei auch ein Menschenleben zu beklagen. Das Rathaus, das über dreihundert Jahre alt ist, wurde ein Raub der Flammen. Köstliche Altin aus dem 16. und 17. Jahrhundert sind mit verbrannt. Mehrere Hausbesitzerfamilien, die dieselben zu retten versuchten, erlitten bei diesem vergeblichen Bemühen ziemlich erhebliche Brandverletzungen an den Händen und am Oberkörper.

11 Personen ertranken. Die oberhalb der Stadt Köln in Rodenitzchen gelegene Strandfläche wird seit Wochen von einer noch lauernden schwebenden Menschenmenge zum Baden im offenen Rhein benutzt, ohne das irgendwelche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Vorgestern sollen insgesamt 4000 Personen dort verunglückt gewesen sein, wobei nicht weniger als 10 Personen durch Ertrinken zu Tode kamen, darunter ein Brautpaar, vier junge Leute und vier Männer von 30-40 Jahren. Auch auf dem gegenüberliegenden Ufer, wo eine Privatgesellschaft ein Strandbad errichtet, ertrank ein junger Mann bei dem Versuch, eine von der Strömung weggerissene junge Dame zu retten. Letztere kam lebend ans Land. Auch hier wurde das Strandbad sofort polizeilich geschlossen.

Strombahnunfälle. Gestern vormittags stieß in Danzig ein Fuhrwerk mit einer Straßenbahnwagen zusammen. Dem auf der Plattform des Straßenbahnwagens stehenden Kaufmann Alfred Schneider aus Piesnitz, welcher sich auf der Durchreise in Danzig befand, erlangte die Rechte in die Brust, wodurch Schneider lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Ein englischer Dampfer geknackt. Nach einer Lloyd-Meldung aus New York ist der englische Dampfer „Paisley“ durch vom Kap Guadalupe geknackt. Die Besatzung und 75 Passagiere sind in den Aben eingetroffen. Zwei Boote mit 30 Personen werden vermisst.

### Literatur.

Webel's Memoiren. Der Verlag von J. G. W. Dietzschmann teilt mit, daß der zweite Teil von August Webel, „Aus meinem Leben“ demnächst erscheinen wird. Wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten, wird er bis Anfang Oktober dieses Jahres zur Ausgabe bereit liegen.

Der Autor entwirft vor dem Leser die innere Geschichte der Partei während der Jahre 1869 bis 1873, wie sie intimer nicht gedacht werden kann, unterstützt von einer fesselnden Darstellungswiese und Eindringlichkeit, die nur dem zu eigen sein kann, der nicht nur alles selbst erlebt, sondern in den Ereignissen eine ausdauernde Rolle innegehabt hat.

Zu gleicher Zeit wird der erste Teil des Buches in einer neuen, durchgesehenen Auflage erscheinen. Zur Abwehr von Verfälschungen, als könnte durch die zweite Auflage die erste entwertet werden, wird ausdrücklich festgestellt, daß dies nicht der Fall ist. Veränderungen wesentlicher Natur sind nicht vorgenommen worden.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 23 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Marzoff. Von R. Lugemburg. — Zur Frauenkonferenz. Von Louise Zieh. — Arbeitszeit und Löhne amerikanischer Arbeiterinnen. Von Fritz Kummer. — Einkommen und Miete; Wohnungsgröße und Miete. Von C. L. — Vier Jahre Frauenleseabend. Von Kurt Meier. — Der U. — mit dem Frauenwahlrecht! — Aus der Bewegung: Von den Organisationen: Hamburger Frauenbildungsabende. — Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung in Stettin. — Jahresbericht der Nürnberger Genossinnen. — Hannah Lewin-Dorff. — Politische Rundschau. Von G. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Die Lohnbewegung in der Berliner Album, Mappen- und Galanterieindustrie. — Nachweisen des Streiks in der Bielefelder Wäscheindustrie. Von A. Sch. — Gewerkschaftliche Kämpfe in Braunschweig. Von J. A. Rauhe. — Beschlüsse des Dresdener Gewerkschaftskongresses betr. Arbeiterinnenorganisation und Arbeiterinnenrechte. — Politische: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Strafrecht. — Frauenbewegung. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Berichtsbüchlein.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ernemann. Von C. J. Meyer. — Johann Peter Webel. IV. Von Dr. Wilhelm Driemel. — Wie ernährt man einen Säugling. Von Dr. med. P. Steiner. — Für die Hausfrau. — Hygiene. — Feuilleton: Kassenpiegel wird Turmbau. Von Charles de Coster. — Die Arbeiter an ihre Brüder. Von Georg Herwegh. Für unsere Kinder: Ein Grab. Von Walt Whitman. (Gebicht.) — Wie ich Ingenieur wurde. Von Max Galt. — Die Wolle. Von Robert Reinold. — Aechhandel. Aus Mettelbecks Lebensgeschichte. — Der Weißerich. Von Walter Grimm. (Schluß.) — Aus dem grünen Walde. Von Robert Reinold. (Gebicht.) Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2 60 Pf.

**In den Protestversammlungen gegen die Kriegshörer am Mittwoch sprechen die Genossen Bernste in aus Berlin und Gen. Schütz, Th. Müller und Philipp in Breslau.**

**Aus dem Zimmerergewerbe.** In den Nr. 183 und 185 der „Volkswacht“ war behauptet worden, daß der Malinerer Karl Malinka die ihm unterstellten Zimmerergesellen unangemessen behandelt. Daraus ergaben sich von Herrn Malinka folgende Berichtigungen: 1. Es ist unrichtig, daß ich den Ausdruck „Hande“ gebraucht und mit der Zeichnung geschlagen habe. 2. Richtig dagegen ist, daß mehrere Zimmerer in meine Wohnung eindrangen und meine wiederholten Aufforderungen zum Verlassen derselben mit Schlägen beantworteten. Nach Aussage eines selbst beteiligten Zimmerers ist von einem Schlägen meinerseits mit einer „unwürdigen“ Verhalten auf der anderen Seite nur zu finden. Der Geschäftsleiter der Zimmerer, Herr Goldschmidt, gab selbst auf Grund der Verhandlungen der Schlichtungskommission zu, daß seine Behauptungen auf falschen Informationen beruhen. Beweis: Protokoll vom 9. August 1911 der aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Schlichtungskommission.

Die andere Seite hält dagegen ihre Behauptungen im wesentlichen aufrecht und erklärt besonders, daß das Protokoll der Schlichtungskommission nicht maßgebend sein kann, weil bis jetzt die Zimmerer nicht vernommen wurden, die über das Verhalten des Herrn Malinka als Augenzeugen berichten können. Das werde in einer anderen Instanz geschehen.

**Zeugen gesucht!** Die Augenzeugen, die am 22. Mai 1911 hinter der Westendkaserne gesehen haben, wie der Maschinenarbeiter August Fuhr, Schiefwerderstraße 5, von einem Sergeanten verhaftet wurde, werden ersucht, ihren Namen und die Wohnung dieses Arbeiter sofort mitzuteilen.

**Der Distrikt 7 (Kilolaitor)** veranstaltet Sonntag, den 20. August, im Gewerkschaftshaus ein Commerz- und Kinderfest, dessen Besuch wir den Mitgliedern nur empfehlen können. Die Genossen der anderen Distrikte sind als Gäste eingeladen.

**Viktoria-Theater.** Das Gastspiel Henry Sanders mit seiner Neuver „Bei uns in Breslau“ geht seinem Ende entgegen, aber das Theater ist trotzdem alle Abende noch immer ausverkauft. Um einen guten Platz zu erhalten, ist es erforderlich, Billetts im Vorverkauf (9 bis 2 Uhr im Theaterbureau zu besorgen).

**Liederschöhe.** Heute Dienstag konzertiert auf der Liederschöhe die Stadttheaterkapelle unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Rudolf Lissor. Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

**Schiefwerder.** Morgen Mittwoch im Schiefwerder Konzert der Stadttheaterkapelle unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Rudolf Lissor. Beginn 5 Uhr. Eintritt 25 Pf.

**Verwundet aufgefunden** wurde heute in seiner Wohnung der 25 Jahre alte ledige Kaufmann Bruno Richter, Zwingerstr. 6. Das Wohnzimmer war mit Leuchtgas angefüllt. Allein Anzeichen nach handelt es sich um einen Selbstmordversuch. Die Feuerwehr, die sofort erschien, bemühte sich eine Stunde lang mit dem Sauerstoffapparat, und es gelang ihr auch, den Verwundeten ins Leben zurückzurufen; er wurde dann ins Wenzel-Hancksche Krankenhaus geschafft.

**Ein Unfall** ereignete sich heute vormittag eine junge Frau, die mit ihrem Fahrrad die Lauenhagenstraße von der Agnesstraße aus passieren wollte. In demselben Augenblick kam ein Straßenbahnwagen gefahren, dessen Führer das Warnungssignal gab. Darüber erschrocken, geriet die Frau mit dem Rade in die Schienen und sah zu Fall. Da es dem Führer unmöglich war, den Wagen zum Stehen zu bringen, kam die Frau unter den Wagen. Nachdem sie einige Passanten aus ihrer Lage befreit hatten, konnte sie sich bald wieder erholen; sie hat nur geringe Verletzungen erlitten. Das Fahrrad ist stark beschädigt worden.

**Verhaftet** wurde von der hiesigen Kriminalpolizei der 19 Jahre alte Handlungsgehilfe Pubert Betge, der sich seit längerer Zeit in Breslau verborgen gehalten hatte. Betge war zuletzt bei der Kaisersteinbruch-Kleingewerkschaft in Köln in Stellung gewesen und hatte im Oktober 1910 aus der Kassa 2000 Mark zum Vot zu bringen, dieses Geld unterschlagen, war sofort mit dem nächsten Zuge nach Bonn gefahren und hatte sich dann der kriminellen Verfolgung zu entziehen gewußt. Er unternahm zunächst eine größere Fernreise nach dem Rhein, dann durchquerte er ganz Deutschland, machte in allen großen Provinzialstädten Halt und lebte seinem Vergnügen nach. Um vor Entdeckung sicher zu sein, trat er unter falschem Namen auf und wohnte, wie auch in Breslau, ohne polizeilich gemeldet zu sein. In Breslau hat er versucht, die französische und englische Sprache zu erlernen, um sich dann später dauernd im Auslande niederzulassen und so der Verhaftung sicher zu entgehen. Von der ganzen großen verurteilten Summe wurden bei ihm noch 90 Pf. gefunden; den größten Teil der von ihm nach und nach erworbenen Wertgegenstände hat er auch bereits veräußert.

**Taschenraub** bei einem Begräbnis. Bei einer Beerdigung am 12. August im Hause Clausenstraße 10 wurde einer Sickerin aus ihrer Handtasche ein dunkelbraunes Lederportemonnaie mit Inhalt gestohlen. Der Ermittlung dienliche Angaben werden nach Zimmer Nr. 60 des Polizeipräsidiums erbeten.

**Ein Gartenisch gestohlen** wurde vor einigen Tagen aus dem Garten des Grundstücks Schweidnitzer Stadtgraben 18. Der Tisch war von Eisen mit gelbgestrichener Holzplatte.

**Fahrrad Diebstahl.** Am 7. August ist auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein Fahrrad „Seland“ (Sul), Nr. 533774, gestohlen worden, am 11. August vor dem Grundstück Kleine Holzstraße 3 ein Rad „Atilla“, am 12. August auf der Schweidnitzerstraße Ecke Junkernstraße ein Rad „Stabil“, am 13. August aus der Schwimmhalle am Leerbrunnen See „Gördes Westfalenrad“.

**Gefunden** wurden ein Ring mit vier Schlüsseln, eine goldene Brosche, eine Brosche mit grünem Stein und Anhänger, ein Herrenfahrrad mit Freilauf, ein goldenes Kollier, ein schwarzer Damengeldbeutel mit Inhalt, eine silberne Uhr ohne Glas und Zeiger und ein gelber Kinderwagen.

**Schlesien, Posen und Nachbargebiete.**

**Bunzlau.** 15. August. Unser Städtel steht noch! Man sollte es kaum für möglich halten, Bunzlau existiert noch und die wildgehenden Jüde vertriebenen Leute hängen über der ruig nach hinten. Am Sonnabend erhielt Genosse Graf noch ein eiliges Schreiben des Amtsvorstehers, worin inhaltlich dasselbe zu lesen stand, was die Bunzlauer Behörde geschrieben (Also Abschrift D. B.) und zum Schluß war nach das Spielen revolutionärer Lieder verboten! (Wer?)

Die gesamte Schutzmannschaft war auf den Beinen, paar zur Rechten, paar zur Linken, mehrere voraus, in bis an die Bege, wo die Stadtgrenze ist, standen sie. Da haben die Spitzbuben frei Lagen im Städtel gehakt.

Der Tag verlief wie immer, in voller Ruhe. Besonders die Kaffaher waren zahlreich vertreten, ebenso die Turner. Alle Welt wunderte sich, weshalb so viel Polizei mitging, denn es gab wirklich nichts zu retten oder zu beschützen.

Es ist wichtig weit gekommen in Bunzlau, wie man jetzt die Arbeiterschaft zu behandeln wagt. Wie eine Herde

Zuchthäuser werden sie durch die Straßen transportiert, man verbietet sogar das Spielen von Arbeiterkindern, was, nebenbei bemerkt, gesetzwidrig ist, da der Herr Amtsvorsteher in dieser Beziehung nichts zu verbieten hat; ja nicht einmal eine verhüllte Fahne durfte getragen werden.

Kun, wir werden uns das merken und es dürfte sich auch in der Stadtkonferenzsammlung beim Etat der Polizeiverwaltung Gelegenheit finden, auf diese unerhörte Behandlung eines so großen Teils der Steuerzahler zurückzukommen. Die Spitzbuben, die nächstmal die Schaulustler am Ring plündern, findet man nicht, man braucht die Zeit viel mehr dazu, Gelasse gegen die Sozialdemokratie zu schreiben und harmlose Spaziergänger auf Schritt und Tritt zu verfolgen. Auch in Neu-Breslau standen zwei Gendarmen herum und langweilten sich eifrig, denn so lange man es noch zählich gestattet, daß die Turner Freiübungen machen dürfen läßt sich dagegen nicht einschreiten.

Das Fest selbst verlief in schönster Weise. Mit und Jung war vergnügt und als am Abend der Tanz in seine Rechte trat, dachte kein Mensch an die liebe Bunzlauer Polizei und ihre rührende Fürsorge, die sie uns zuteil werden ließ. Zur Verabreichung etwaiger noch vorhandener angestrichelter Gemüter auf dem Hofsaal wallen wir noch kurz bemerken, daß beschloffen wurde, die Revolution auf einen anderen Tag zu verlegen und daß sie rechtzeitig polizeilich angemeldet werden wird.

**Sandberg.** Unternehmerrückigkeit. Eigenartige Ansichten über den „freien“ Arbeitsvertrag hat anerkennend die Betriebsleitung der hiesigen Drahtweberei der Firma Körner. Als durch Sandzettel die Arbeiterinnen und Arbeiter dieses Betriebes zu für Sonnabend einberufenen Werkstattbesprechungen eingeladen worden waren, wurde den Arbeitern, die diese Zusammenkünfte besuchen würden, gleich die Kündigung angedroht.

Diese Drohung ist zwar ungeheuerlich, aber verständlich wenn man weiß, daß in diesem Betriebe wohl mit die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallindustrie im Wabenerburger Revier anzutreffen sind, und das will schon was heißen. 32 Pfennige für erwachsene Arbeiter und 15 Pfennige für Arbeiterinnen sind die höchsten Verdienste, die erzielt werden. Die Firma sagt sich denn auch wohl mit Recht, daß mit diesen inkonsequenten Zuständen bald aufgeräumt würde, wenn ihre ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen erst erkannt haben, welche Macht sie besitzen, wenn sie im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind. Aber hoffentlich kommt diese Erkenntnis bei den Arbeitern und Arbeiterinnen nun auch recht bald, und das mehr als anmaßende Vorgehen der Firma ist wohl angeordnet, daß diese Erkenntnis nun auch etwas schneller kommt, als es bisher der Fall war. Die Versammlungen haben in Folge des Vorgehens der Firma nicht abgehalten werden können; sie wurden vom Einberufer abgelehnt, durch ein Flugblatt wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen das Hauptfachliche dessen mitgeteilt, was sie sonst in der Versammlung erfahren hätten. Damit ist die Sache natürlich für die Arbeiter noch lange nicht erledigt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik sind hoffentlich bald alle Mitglieder des Verbandes, und dann brauchen sie eine Ausberrung in keiner Weise mehr zu fürchten, weil die Unterstützung, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband seinen Mitgliedern im Falle eines Streiks oder einer Ausberrung zahlt, in vielen Fällen höher ist, als die bei der Firma Körner gezahlten Löhneröhne. Jetzt aber muß es erst recht heißen: Einmütig in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

**Falkhammer.** Ein schwindendes Dorf. Das in der Nähe gelegene Dorf Neu-Lässig, das infolge seiner Lage am Fuße des Wildberges und wegen seiner vielen Gärten gern besucht wurde, verliert allmählich von der Bildfläche. Es zählte vor etwa 15 Jahren in 21 Häusern mehr als 500 Einwohner. Infolge von Untergrundbewegungen, durch den Abbau der schlesischen Kohlen- und Kokssteine hervorgerufen, mußten nach und nach 10 Häuser von den Grubenwerken angefaßt und abgerissen werden. Neuerdings mußten wieder drei Häuser, die von den Grubenwerken eben erst käuflich erworben worden waren, wegen Mängelfestigkeit geräumt werden. Heute umfaßt der Ort nur noch 5 Häuser.

**Gottesberg.** Kein Blumentag in Gottesberg. Dem „Gottesberger Stadtblatt“ entnehmen wir folgendes: Am Donnerstag Abend fand im Gasthaus „Zur Krone“ in Gottesberg eine Sitzung statt, in der über die Veranstaltung eines Blumentages für Gottesberg beraten wurde. An dieser nahmen teil die Herren Bürgermeister Polde als Vertreter der Stadt und der Ortsgruppe vom Vaterländischen Frauenverein, Gemeindevorsteher Berger-Alt-Lässig, Gemeindevorsteher Schöbels-Oberhermsdorf, die Vorstände vom Krieger- und Veteranenverein Gottesberger Kirchspiels, Krieger- und Veteranenvereins Alt-Lässig, Krieger- und Veteranenvereins Oberhermsdorf, Männerturnvereins, Turnvereinigung Vater „Jahn“, und des Knappenvereins Gottesberger Kirchspiels. Nach längerer Erwägung der Punkte, die für und wider die Abhaltung eines Blumentages, so wie dieser für ganz Schlesien vom roten Kreuz bestimmt worden war, wurde beschlossen, von der Veranstaltung eines solchen für Gottesberg abzusehen und dafür eine Sammlung freiwilliger Spenden von Vereinen, sowie Gönnern und Freunden vorzunehmen. Der Ertrag dieser Sammlung soll für die Veteranenheime verwendet werden.

**Neueste Nachrichten.**

**Deutschland und Frankreich.**

**Paris, 15. August.** Die französische Regierung dürfte, falls sich das Berliner Auswärtige Amt ebenfalls dazu entschließt, der Presse eine Mitteilung allgemeiner Natur über den derzeitigen Stand und Gang der deutsch-französischen Unterhandlungen zugehen lassen und dürfte schließlich gleichfalls in einer Note, wahrscheinlich durch die „Agence Havas“ das bisherige Ergebnis der Besprechungen des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Herrn von Riederer-Wächter, und des französischen Botschafters am Berliner Hofe, Herrn Jules Cambon, und der speziellen Bemühungen des letzteren kennzeichnen. In Paris erwartet man bald eine solche Veröffentlichung.

**Für das allgemeine gleiche Wahlrecht!**

**Brüssel, 15. August.** Eine gewaltige Manifestation für das gleiche und allgemeine Wahlrecht wird heute in Brüssel stattfinden. Die Sozialisten, die Liberalen und die Christlichen Demokraten werden für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht und für die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts eine gewaltige Demonstration veranstalten, zu der Teilnehmer aus dem ganzen Lande in unzähligen Massen, bis jetzt in etwa 125 Extrazügen die ganze Nacht über einreisen werden. Man rechnet auf eine Beteiligung von reichlich 250 000 Mann. Ursprünglich sollte die Kundgebung, die wohl die größte aller bisher dagewesenen in Lande werden dürfte, von den Sozialisten allein veranstaltet werden, die auf ihrem Osterkongresse einstimmig beschlossen hatten, zum 15. August alle Anhänger zusammenzuführen, um für das gleiche und allgemeine Wahlrecht zu demonstrieren.

**Zur Streifbewegung in England.**

**London, 14. August.** Die Lage im Auslande der „Dosen“ Arbeiter zeigt hier heute nachmittags keine Besserung. Mehrere tausend Arbeiter sind wegen der Entlassung einiger Ausschändiger durch die Hafenbehörde wieder in den Auslande

getreten. Die Leute sind auch erregt darüber, daß sie zur Arbeit zurückkehren sollen, während der Auslande in Liverpool im Wachen begriffen ist. Die industrielle Lage in London-Öst ist andauernd ernst. Im Stadtteil Vermondey befinden sich vierzehntausend Arbeiter im Auslande. Die Eisenbahner von Lancashire und Swansea haben sich in einer Resolution für einen nationalen Streik ausgesprochen. Auch in Schottland haben sich die Eisenbahner verschiedener Bezirke der Auslandsbewegung angeschlossen.

**Brüssel, 15. August.** Die „Agence d'extremes Orient“ veröffentlicht in Wortlaut ein japanisches Geheimdokument, das die Gründung einer Genossenschaft für Sionien enthält. In der Einleitung heißt es, daß die natürliche Entwicklung Japans mit der Verfassung von Formosa und Korea noch nicht den Höhepunkt erreicht hat. Japan müsse darnach streben, seine Tätigkeit auf dem asiatischen Kontinent, und zwar auf dem ganzen asiatischen Kontinent auszubereiten. Zentral-Asien, Indien, China, Birma usw. böten noch ein reiches Feld der Tätigkeit. Das Hauptbureau dieser Genossenschaft soll in Peking eingerichtet werden. Zu leicht sollen aber verschiedene Niederlassungen in der Mandschurei und in der inneren und äußeren Mongolei, in Tibet und in Siam eingerichtet werden. Die für die innere Mongolei bestehende und bestimmte Niederlassung der Genossenschaft ist dem geheimen Dienst des japanischen Kriegsministeriums unterstellt und zwar direkt. Die Genossenschaft verfügt vorläufig über ein Kapital von einer Million Yen.

**Wasserstands-Nachrichten der Oder.**

Station	15. 8.	14. 8.	13. 8.	12. 8.	11. 8.	10. 8.	9. 8.	8. 8.	7. 8.	6. 8.	5. 8.	4. 8.	3. 8.	2. 8.	1. 8.
Frankfurt	10,80	10,75	10,70	10,65	10,60	10,55	10,50	10,45	10,40	10,35	10,30	10,25	10,20	10,15	10,10
Wittich	11,80	11,75	11,70	11,65	11,60	11,55	11,50	11,45	11,40	11,35	11,30	11,25	11,20	11,15	11,10

**Bauarbeiter-Schutz-Kommission.**

Telephon 378. Bureau: Gewerkschaftshaus, Breslau, Margaretenstraße 17, 11.  
Alle größeren Unfälle sowie alle Beschwerden über mangelhaften Bauarbeiter-Schutz sind sofort an Herrn Josef Kothner unter oben ebender Adresse zu melden.

Wir empfehlen:  
**Die Vögel des deutschen Waldes**  
von Dr. K. Floericke  
**Kometen u. Meteore**  
von Dr. Wilh. Meyer  
mit zahlreichen Abbildungen in Leinen geb.  
Remittenden-Exemplare anstatt 1.80 Mk. nur 1.— Mk.  
**Buchhandlung „Volkswacht“.**

Wir empfehlen:  
**Gekrönte Sanguiniker.**  
Von H. Leub.  
Inhalt: Karl der Kühne — Kaiser Maximilian I., Gustav III. und Friedrich Wilhelm IV.  
236 S. Text mit 4 Porträts, statt 5 Mk.: 80 Pf.  
Gute Remittenden-Exemplare.  
**Buchhandlung Volkswacht.**

Illustrationsprobe aus  
**In Freien Stunden**  
Jede Woche erscheint ein Heft für 10 Pfennig  
**Buchhandlung „Volkswacht“.**







## Mehr Bauarbeiterlohn!

Unter den 23 Gewerbegruppen, die die amtliche Statistik aufführt, nimmt das Baugewerbe den zweiten Platz ein. 208,418 Betriebe wessen 1,563,594 Beschäftigte auf, darunter 20,372 weibliche Personen. Diese nackten Zahlen zeigen schon zur Genüge, welche Bedeutung das Baugewerbe im Wirtschaftsleben hat. In der Provinz Pommern hat sich das Baugewerbe in der Zeit von 1885/86 bis zum Jahre 1910 folgendermaßen entwickelt: 1885/86 beschäftigten 1893 Betriebe 9601 Arbeiter und die gezahlte Lohnsumme einschließlich der Selbstverpflichteter betrug 6.596.211 Mark. Im Jahre 1900 war die Zahl der Betriebe auf 3132 und die der beschäftigten Arbeiter auf 24.442 gestiegen. Die Lohnsumme einschließlich 179 Selbstverpflichteter betrug auf 16.247.345 Mark. 1910 dagegen wurden 3833 Betriebe mit 26,175 Arbeitern und 2765 Selbstverpflichteten von der Statistik erfasst. Die Gesamtlohnsumme erreichte die Höhe von 22,353,779 Mark.

Mit der Zunahme der Betriebe und der darin beschäftigten Personen ist auch eine größere Unfallgefahr verbunden. Es kommt hinzu, daß gerade im Baugewerbe die Gefahren immer größer werden, weil hier das System der Akkordarbeit in hohem Maße verbreitet ist. So weist die Statistik für Pommern 1885/86 223 gemeldete und 53 entfallene Unfälle auf; 1900 gab es 932 gemeldete und 236 entfallene Unfälle und 1910 906 gemeldete und 249 entfallene. Die Zahlen für das letzte Jahr sind ein wenig niedriger als die des Jahres 1900. Während von 1900 bis 1906 eine Steigerung bis zu 1048 gemeldeten und 236 entfallenen Unfällen zu verzeichnen ist, ist dann in den späteren Jahren eine Abnahme zu konstatieren. Die Abnahme, das kann ohne weiteres ausgesprochen werden, ist wohl hauptsächlich nur darauf zurückzuführen, daß hier die Arbeiter mehr und mehr zur Selbsthilfe gegriffen haben. Ihre Berufsorganisationen haben Enquêtes veranstaltet und an der Hand des gewonnenen Materials die Behörden zu ändernden Maßnahmen angehalten. Außerdem wird auch von den Organisationsmitgliedern Paragrafen aufgenommen werden, die genaue Vorschriften über den zu gewährenden Arbeiterschutz enthalten. Fast alle Berufe im Baugewerbe haben bereits derartige Abmachungen getroffen. Natürlich sind die Zahlen immer noch erschrecklich hoch, jedoch ein vernünftiger Arbeiterschutz dringend zu verlangen ist. So wie die Verhältnisse in der Provinz Pommern liegen, liegen sie auch in den anderen Teilen des Reiches. In den Sektionen Berlin und Brandenburg betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle im Jahre 1910 6359 resp. 2842.

Recht interessant ist zu erfahren, was alles nach Ansicht der Berufsgenossenschaft schuld sein soll an diesen Unfällen. Zunächst muß der Montag als Tag mit stürzender Unfallhäufigkeit betrachtet, um die Arbeiterschaft zu verunglimpfen. Es kann aber nicht bloßer Zufall sein, daß alljährlich der Freitag die dem Montag nächst höhere Unfallziffer zeigt. Als 1905 der Donnerstag und 1907 der Freitag die höchste Unfallziffer aufwies, da wurde hinter Freitag die Anmerkung „Wohnabnahme“ gemacht. Nun ist aber gerade in Pommern der Sonntagabend der Ruhungstag im Baugewerbe und in sehr vielen Arbeitsgebieten wird sogar nur alle 14 Tage Lohn gezahlt. 1902 wird den Arbeitern „Leistungsfähigkeit“ vorgeworfen, 1903 sollen Klempner Dachdecker „nur ungenügend“ Schutzkleidung und Schutzmittel benutzen. 1904 soll es „Fahrlässigkeit“ und „Ungleichmäßigkeit“ der Fassadenputzer sein, weshalb die zweite Gerüstlage nicht gelegt wird. 1906 geht man ein, daß Bauangehörigen auf dem platten Lande durch den Amtsvorsteher erfolgen, daß vollzeitliche Baurevisionen gewöhnlich nicht, höchstens durch den Gewerksamen erfolgen und daß Rohbau- und Gebrauchsanweisung nicht unbekannt sind. Was aber in Wirklichkeit den Unfall herbeiführt, sagen die Berichte der Berufsgenossenschaften auch, natürlich nicht mit der Klarheit, mit der man die Arbeiter verdächtigt. So stellen die Berichte alljährlich fest, daß Rüstungen und Stellungen mangelhaft hergestellt werden, daß die zweite Gerüstlage schlecht abgedeckt ist, daß Füllbodenbänke und Einkehrböden fehlen. In Neubauten fehlen die provisorischen Treppengeländer. Die Steinbauten sind offen. Fallgruben sind nicht eingestrichelt, auch nicht abgedeckt. Stuckateure, Maler, Anstreicher arbeiten meist auf mangelhaften Rüstungen beziehungsweise auf einfachen Leitern und Stellungen. Leitern und Sängergestelle, die nur bei Anstreicherarbeiten und leichteren Reparaturen zulässig sind, werden zu umfangreichen Putzarbeiten benutzt und haben meist noch Konstruktionfehler. Das ist nur eine kleine Auswahl der Uebelstände, die festgestellt worden sind. Die Arbeiter selbst könnten sie noch bedeutend erweitern.

Angesichts solcher Zustände genügen einfache Vorschriften durchaus nicht. Hier kann nur eine scharfe Kontrolle helfen. Obendrein sind aber die bestehenden Vorschriften so wenig, daß sie geradezu lächerlich wirken. Wie soll man zum Beispiel die von den Berufsgenossenschaften selbst festgestellten Mängel mit Verordnungen beseitigen, die Bestimmungen über Bauwunden, Abriebe, Abriechen der Winterbauten, Verbot von offenem Kofeseuer oder dergleichen enthalten? Durch herartige Vorschriften wird ein wirklicher Arbeiterschutz nur umgangen. Trifft der Arbeiter selbst für die Durchführung der erlassenen unzulänglichen Schutzbestimmungen ein, so hat er sehr häufig damit zu rechnen, daß er über kurz oder lang seinen Arbeitsplatz räumen kann. Bei dem jetzigen Einkommen im Baugewerbe aber kann der Arbeiter nicht viel Feiertagen verlieren. Der Durchschnittslohn beträgt nämlich für das Jahr 1910 nur 775 Mark. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß auf gezieltem Wege Maßnahmen angeordnet werden, die geeignet sind, Leben und Gesundheit der Bauarbeiter zu schützen, als dies bisher der Fall war.

## Arbeiterbewegung.

### Der Kampf in der Metallindustrie.

Die Aussperrung der Metallarbeiter muß um jeden Preis verharrt werden! — Das war die Parole, die die Schärfermacher unter den Leipziger Metallindustriellen in ihrer Versammlung vom Freitag Abend ausgaben. Bisher haben sie bei einem Teil ihrer Verbandsmitglieder nicht das gewünschte Verständnis für ihre Taktik gefunden, so daß statt 60 Prozent bis jetzt kaum 30 Prozent der betreffenden Metallarbeiter ausgesperrt worden sind; nur reichlich 5000 statt den angelegten 10—12.000 Mann sind entlassen. Um nur die Aussperrung nach Kräften zu forcieren, hat der Leipziger Metallindustriellen-Verband folgenden bescheidenden Beschluß gefaßt:

„Diejenigen Mitglieder, die bis zum 14. August 1911 weniger als 60 Prozent ihrer gesamten Belegschaft ausgesperrt haben, zahlen eine Buße von 50 Mark pro Mann und Tag an die Kasse des Verbandes.“

Zur schärferen Durchführung der Aussperrung beschloß die Versammlung der Industriellen:

„Jedes Mitglied des Verbandes hat bis zum 14. August 1911 60 Prozent seiner gesamten Belegschaft auszusperrten unter Abrechnung von Meistern und Lehrlingen. Ausgeschlossen hiervon sind kleine Betriebe mit einer Belegschaft nicht über 10 Mann. Betriebe, welche mehr als 10 Mann beschäftigen, aber weniger als 23 Mann, haben nur bis auf 10 Mann Belegschaft auszusperrten. In jedem Fall aber haben auch diese Betriebe alle eine Organisation angehörender Arbeiter bis auf 40 Prozent ihrer Belegschaft auszusperrten. Von der Aussperrung sollen vor allem die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes und erst dann die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften als Gewerkschaften der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Süddeutsche), Christlich-nationale Gewerkschaft, Schmiedeverband, Holzarbeiterverband usw., an letzter Stelle die nicht-organisierten Arbeiter betroffen werden. Letztere erhalten die festgesetzte Entschädigung und sind der Verbandsleitung mit Namen, Wohnung usw. bekanntzugeben.“

Und um einer Keil in die Arbeiterschaft zu treiben, ist zur Aufgabe der Organisation zu verordnen, bischoß die Versammlung leitet:

„Alle nichtorganisierten Arbeiter, die von Mitgliedern des Verbandes ausgesperrt werden, erhalten bis zur Wiedereinstellung vom Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig eine Entschädigung. Diese Entschädigung soll betragen: 15 Mark für unperheiratete Arbeiter pro Woche, 20 Mark für verheiratete Arbeiter pro Woche. Die durch diese Entschädigung entstehenden Kosten sollen durch eine Umlage, berechnet auf den Kopf der Belegschaft jedes einzelnen Verbandsmitgliedes, nach dem Stande vom 28. Juli 1911, von den Verbandsmitgliedern aufgebracht werden.“

Alle diese Mittel werden nicht inlande sein, die Gefährlichkeit der Arbeiter zu sprengen. Und als Beweis, daß der Metallarbeiterverband sich von den Industriellen nicht ins Wackeln jagen läßt, mag die Tatsache dienen, daß er einige Hundert besonders qualifizierte Arbeiter aus den Betrieben herausgeholt und diese völlig stillgelegt hat.

In den Dresdener Metallbetrieben ist bisher von 14 Firmen der Aussperrungsantrag ausgehängt worden, die selben beschäftigen 6153 Metallarbeiter. Von einer großen Firma, die dem Metallindustriellen-Verbande angehört, wurde der Aussperrungsantrag nicht ausgehängt.

### Ausbeutung des Akademikers.

In Danau a. M. besteht ein chemisches Laboratorium in Firma Dr. Braumüller und Dr. Ejenach, das von Gerichten, Behörden und Privaten in Anspruch genommen und von der Stadt Danau subventioniert wird. Die Firma hatte einen 30 Jahre alten, akademisch gebildeten Chemiker anangestellt, der seinen Doktor gemacht und das Diplom erworben hat. Laut Vertrag soll der Mann täglich 8 Stunden, Sonnabends 6 Stunden im Laboratorium arbeiten, er nimmt eine Vertrauensstelle ein, hat das Interesse des Laboratoriums in jeder Beziehung zu wahren, er erhält als Gehalt im ersten Monat 30 Mark, im zweiten und dritten je 75 Mk. Auf drei Monate ist der Vertrag geschlossen, aber auf seine Lebenszeit verpflichtet sich der Angestellte, ohne Erlaubnis der Firma in Danau und 10 Kilometer Umkreis zu keiner Konkurrenzfirma zu gehen und sich nicht selbstständig zu machen.

Selbstverständlich verstößt der Vertrag gegen die guten Sitten.

### Malerdifferenzen in Dresden.

In Dresden bestehen gegenwärtig wegen der Frage des Arbeitsnachweises zwischen den Meistern und den Gehilfen Differenzen. Es bestand ein paritätischer Arbeitsnachweis, bei dem aber die Gehilfen sehr rücksichtslos behandelt wurden, so daß von Parität schon nicht mehr die Rede sein konnte. Am 2. August wurde deshalb auf Beschluß einer Versammlung der Maler und Lackierer ein Gehilfenarbeitsnachweis eröffnet. Die Meister suchen in Provinzialblättern Malergehilfen, weil sie im Innungsnachweis keine Leute bekommen können, vom Gehilfenarbeitsnachweis aber, bei dem zurzeit gegen 200 Gehilfen eingeschrieben sind, keine Gehilfen haben wollen. Es wird deswegen gebeten, daß Maler, Lackierer und Anstreicher möglichst nicht nach Dresden gehen. Uebrigens floriert dieses Jahr die Bautätigkeit gar nicht. Unter allen Umständen aber darf ein zureichender Kollege den Innungsnachweis nicht benutzen oder Umschau halten, er soll sich sofort im Verbandsbureau der Maler, Riesenbergstraße 6, II., melden.

### Streik in Rotterdam.

Die Maschinenisten und Seizer aller Schiffsdampfer in Rotterdam sind in den Ausstand getreten, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Im Hafenverkehr macht sich eine große Störung bemerkbar.

## Parteiangelegenheiten.

### Eine ungeheuerliche Strafe.

Wegen Verleumdung von Mitgliedern des Reichsverbandes und des Arbeitgeberverbandes für Eisenburg und des Geschäftsführers des nationalliberalen Arbeitervereins Eisenburg wurde der Genosse Casparek, Redakteur des Halleischen „Volkblatt“, nach 6stündiger Verhandlung zu 1400 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Hauptkläger Franz hatte Märchen über Terrorismus des sozialdemokratischen Gewerkschaften verbreitet. Unser Parteiblatt bezeichnete diese Ausstreunungen als Fäulerei, Unwahrheiten und Terrorismuskasereien. Der Beweis dafür, daß gesunkelt wurde und Unwahrheiten verbreitet worden sind, wurde vom Gericht als größtenteils erbracht angesehen. Dem Genossen Casparek wurde auch der Schutz des § 193 in vollem Maße zugebilligt. Trotzdem verhängte das Schöffengericht wegen formaler Verleumdung die ungeheuerliche Geldstrafe von 1400 Mk.

### Der sozialdemokratische Landesparteitag für das Herzogtum Gotha.

am Sonntag, den 13. August, im „Volkshaus“ zu Gotha statt. 45 Orte waren durch 110 Delegierte vertreten. Eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen. Schon allein der Landesvorstand konnte über eine umfassende Tätigkeit berichten. Nicht weniger als 110 öffentliche und 622 Mitgliederveranstaltungen haben in diesem Jahre stattgefunden. 205.000 Flugblätter, 20.000 Volkstafelchen und 20.000 Broschüren wurden zur Verbreitung gebracht. 158 sozialdemokratische Gemeindevorsteher und sieben Beigeordnete gehören den einzelnen Gemeinden an. Die Mitgliederzahl der Parteiorganisation ist allerdings von 2100 auf 2310 männliche Mitglieder gestiegen, dagegen ist leider die Zahl der weiblichen Mitglieder von 319 auf 195 gefallen und dies, obgleich die Zahl der Ortsvereine von 42 auf 50 gestiegen ist.

Eine außerordentlich lebhafteste Debatte rief der Bericht über die Presse und die Druckerei hervor. Im abgelaufenen Geschäftsjahre ist die Druckerei in eine Dancksellschaft umgewandelt worden. Das „Gothaer Volkblatt“ hat auch in diesem Jahre einen kräftigen Aufschwung genommen. Mehr als 10 Proz. neue Abonnenten sind hinzugekommen.

## Aus aller Welt.

### Im Zeichen der Brände.

Die Zahl der Brände, die durch die Hitzeperiode hervorgerufen oder begünstigt werden, steigert sich von Tag zu Tag. Aus allen Teilen des Reiches und aus dem Ausland laufen Nachrichten über mehr oder weniger umfangreiche Schadenfeuer ein. Besonders hart sind die industriellen Betriebe betroffen, von denen eine ganze Anzahl dem Feuer zum Opfer gefallen sind.

Eine Feuersbrunst zerstörte Sonntag in dem Dorfe Sömmerda bei Erfurt elf Wohnhäuser und viele Nebengebäude. — Die Wollische Spinnerei und Wollerei in Sorau ist mit allen Maschinen und erheblichen Warenvorräten niedergebrannt. Der Verlust an Maschinen beträgt sich auf etwa 100.000 Mk., der Gesamtschaden auf rund 250.000 Mk. — Seit vier Tagen wütete in der Waldbeständen des Monte Sibo oberhalb Arco ein verheerender Brand, der von Norden gegen Osten fortschreitend einen großen Teil des Waldes verheerte. Erst eine etwa 50 Meter hohe Felsenmauer konnte in der Nacht vom 11. auf den 12. August einer Weiterverbreitung des Feuers Einhalt tun. Der Schaden ist beträchtlich.

Dresden. Ein schweres Brandunglück ereignete sich Sonntag Nacht im Villendorfer Waghöf bei Dresden. Auf dem Grundstück Wilmher Straße 15 brach gegen 3 Uhr Feuer aus, das sich rasch verbreitete und das Haus sowie einen Schuppen zum großen Teil in Asche legte. In den Flammen kam die 51 Jahre alte Witwe Schneider mit einem Kind, das sich bei ihr in Pflege befand, ums Leben. Ihre zehnjährige Enkelin rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster.

Coswig. Sonntag nachmittags entzündeten sich in der Chemischen Fabrik in Coswig infolge der Hitze die Sauerstoffverdichtungen, die zur Herstellung von Bleichpräparaten dienen. Die dadurch bewirkte Explosion wurde mehrere Kilometer weit gehört und zerstörte in der nächsten Umgebung die Fensterhäuser. Unter großen Anstrengungen gelang es den Feuerwehren aus der Stadt und den umliegenden Dörfern den entzündeten Brand trotz großer Wassermangels auf seinen Fortschritt zu beschränken, jedoch nur drei Fabrikgebäude dem Element zum Opfer fielen. Während des Löschens explodierten noch mehrfach größere Gasanlagen, ohne jedoch weiteren Schaden anzurichten. Der Schaden,

der etwa eine Million Mark betragen dürfte, ist durch Versicherungen, an denen mehrere Gesellschaften beteiligt sind, gedeckt.

Köln. Der ungeheure Waldbrand an der deutsch-belgischen Grenze wütet fort und bedroht nunmehr auch das Dorf Solbacht. In der Brandstätte sind zwei belagerte Minierer eingetroffen, auch von der preussischen Grenze reiten mehrere behördlich entsandte Personen dorthin ab, um eventuell noch weitere Truppenabschübe zur Bekämpfung des Feuers abzuschicken. Im bergischen Gebiete bei Solingen stehen die Pfaffenhäuser Waldungen in Flammen. Der Brand droht infolge der Dürre eine erschreckende Ausdehnung anzunehmen. Auch bei Steimbura an der Sieg sind durch Brand über 50 Morgen Waldbestand größtenteils vernichtet.

### Der merkwürdigste See der Erde.

Zielen Ehrenittel hat von den Naturforschern schon früher der Titikatasee in Südamerika erhalten, der sonst gewöhnlich nur wegen seines eigenartigen Namens in Gedächtnis schon der Schulknaben sich zu befassen pflegt. Je mehr sich die Forschung mit diesem merkwürdigen Seebecken beschäftigt hat, desto wunderbarer sind seine Verhältnisse geworden, und jetzt kann man über sie einen Ueberblick gewinnen nach einer Studie, die Dr. Coler in der Internationalen Revue der gesamten Hydrobiologie und Hydrographie veröffentlicht hat. Schon die Größe und die Lage des Sees sind außerordentlich, denn jener beträgt rund 8000 Quadratkilometer, und diese befindet sich in einer Meereshöhe von mehr als 3800 Metern. Die Grenze zwischen den Staaten Bolivien und Peru verläuft ungefähr in der Längsausdehnung über den See. Seine Ufer sind außerordentlich buchtenreich und bieten viele verborgene Binnenseen, die durch eine reiche tropische Pflanzenwelt reichvoll geschnitten werden. In den See fallen zahlreiche Flüsse, die zum Teil wieder aus kleineren Seen stammen. Die Tiefe des Titikatasees ist freilich sehr erheblich und erreicht im Höchstmäß 283 Meter. Der Boden besteht aus einem sehr feinen Schlamm ohne das geringste organische Leben. Dies fehlt aber durchaus nicht in den Gewässern des Sees selbst. Nach den bisherigen Untersuchungen leben dort zehn Arten von Fischen, zehn von Amphibien, mehr als zwanzig Krustler und einige kleine Molusken, Schwämme, schwimmende Insekten und Spongiae. Das Eigenartige an dieser Lebewelt aber ist, daß sie fast ausschließlich in der Nähe der Küste haust und die freien Wasser des Sees meidet. Dies gilt auch für die Pflanzen, bei denen die Vorliebe für das Ufer freilich weniger erkaunlich ist. Früher hat man geglaubt, daß der Titikatasee trotz seiner hohen Lage ein alter Meeresrest

sei und hat demzufolge auch die dort lebenden Tiere als frühere Meeresstiere angesehen, die sich allmählich an das Leben im Süßwasser gewöhnt haben sollten. Für den großen Tanganjika-See in Afrika ist eine solche Vermutung in der Tat zur Gewißheit geworden. Dagegen trifft sie auf den Titikatasee nach den neuesten Forschungen nicht zu. Sicher aber ist, daß der Titikatasee in schnellerem Schwanden begriffen ist. Alle Beobachtungen sind zu dem Schluss gelangt, daß er in seiner Ausdehnung zusammenzusinken wird. Der bündigste Beweis dafür ist, daß viele Dörfer, die jetzt mehrere Kilometer vom See entfernt liegen ursprünglich an seinen Ufern erbaut worden sind. Vielleicht geht der See einer noch sonderbareren Zukunft entgegen. Es ist nämlich anzunehmen, daß er bei weiterem Sinken seines Wasserspiegels den Abfluß verlieren und sich dann in einen Salzsee verwandeln wird. Damit würde die Tier- und Pflanzenwelt in seinen Gewässern wahrscheinlich ohne Ausnahme zum Untergang verurteilt sein.

### Ausgestorbene Säugetiere am Victoria-See.

Die großartigen Funde von Resten ausgestorbener Säugetiere bei Zombaguru in Deutsch-Ostafrika scheinen nicht vereinzelt bleiben zu sollen. Es sind nämlich ähnliche Reste nunmehr auch in Britisch-Ostafrika entdeckt worden, und zwar auf der Ostseite des großen Victoria-Sees. Professor Andrews hat sie einer Untersuchung unterzogen und legt der Zoologischen Gesellschaft in London vorläufigen Bericht über deren Ergebnisse erstattet. Die Ueberbleibsel sind insofern nicht anscheinlich, als fast nur Bruchstücke von Knochen erhalten geblieben sind. Als ein Charakteristikum schon der Zeit eines Kiefern mit einigen wohl erhaltenen Zähnen gelten, der jedenfalls einer kleinen Art der bestimmten Säugetiergattung Dinotherium gehört, die in der Jetztzeit nicht nur in Europa, sondern auch in Asien eine weite Verbreitung besessen haben muß. Dieses Tier war wahrscheinlich ein Vorläufer der Elefantensippe. Besonders beachtenswert ist bei Spelsheim im Mainzer Becken zutage geförderte Schädel, der eine Länge von mehr als einem Meter besitzt. Die ostafrikanische Art scheint am meisten dem Dinotherium Swinhoei zu gleichen, das in Frankreich in der Miozänzeit der Tertiarperiode gelebt hat. Es läßt sich daraus aber nicht mit Sicherheit schließen, daß die afrikanischen Fossilreste demselben Alter angehören, da es möglich wäre, daß diese sonderbaren Geschöpfe in Afrika länger erhalten geblieben sind als in Europa oder Indien. In denselben Lagern haben sich noch Reste eines riesigen Rhinoceros, einer riesigen Land Schildkröte von der Gattung Trionyx und von Krokodilen gefunden. Soweit aus dem ungenutzten Afrika waren bisher terzäre Säugetierreste nirgends bekannt.

In einem prächtigen, inhaltreichen Vortrag gab Genosse Wilhelm Bod, der Kandidat des Kreises, eine Uebersicht über die politische Situation im Reich und die kommenden Reichstagswahlen. Ueber Jugendbildung und Jugendberziehung sprach dann in treffender Weise einer der Führer der hiesigen Jugendbewegung. Seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten sprach der Parteitag durch einstimmige Annahme einer im Sinne des Referats gehaltenen Resolution aus.

**Von der Parteischule.** Es steht nunmehr fest, so schreibt die „Stadener Zeitung“, daß in diesem Jahre die Parteischule ausfällt. Die Nähe der Reichstagswahlen läßt es geraten erscheinen, alle Kräfte der Partei für diese agitatorische Aufgabe zusammenzufassen.

**Das geklopfene Parteivorstands-Birkular.** Der Parteivorstand hat vor einigen Tagen an die Reaktionen der Parteipresse ein Birkular ergeben lassen, das sich mit den polemischen Äußerungen einiger Parteiblätter zu dem bekannten Berliner Buchdruckerstreit beschäftigte. Das Birkular hatte lediglich informatorischen Charakter und war nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Die fortschrittliche „Zittauer Morgenzeitung“ hat nun in ihrer Ausgabe vom Sonntag jenes Birkular veröffentlicht. Unser Zittauer Parteiblatt nimmt an, daß jenes Birkular dem fortschrittlichen Blatt nicht von auswärtig zugegangen ist und daß es sich nur um das dem Zittauer Parteiblatt zugegangene Exemplar handeln kann, das in der verschlossenen Reaktion in einer Mappe aufbewahrt wurde. Ueber die Täuschung sind Ermittlungen im Gange.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Nach dem General der Oberst!

Im Wahlkreise Görlitz-Lauban war der konservative Kandidat General a. D. v. Rogge aus Wernigerode a. S. von der Kandidatur zurückgetreten. Eine am letzten Donnerstag stattgefundene außerordentliche Generalversammlung des konservativen Vereins beschloß einstimmig die Wahl des von der Parteileitung vorgeschlagenen und von der „Kreuzzeitung“ bereits Anfang der Woche als Kandidaten angeführten Landtagsabgeordneten Oberst a. D. Reimer in Görlitz als Reichstagskandidat der Konservativen und der Bündler.

Die fortschrittliche Volkspartei hat sich bisher geäußert, ihren Dr. M. u. g. d. n. öffentlich als Kandidaten für die nächste Wahl zu proklamieren. Sie ist die einzige Partei im Wahlkreis, für die die Kandidatenfrage noch nicht erledigt ist.

**Görlitzberg, 15. August.** Zusammenstoß. Sonntag nachmittag fuhrten auf der Strecke Görlitzberg-Warmbrunn der elektrischen Straßenbahn in Görlitz zwei Wagen gegen einander. Der Zusammenstoß war sehr heftig, jedoch beide Wagen stark beschädigt wurden. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

**Schreiberhau, 15. August.** Wassermangel. In der Kolonie Schreiberhau ist der Wassermangel schon ein so großer, daß da im Orte fast sämtliche Brunnen versiegt sind, das Wasser weit aus dem Walde in Tonnen und Kübeln herbeigeschafft werden muß.

**Hegnitz, 15. August.** Unfall eines Bleigießers in Danzig. Am Montag vormittag stieß in Danzig ein Fuhrwerk mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Dem auf der Plattform stehenden Kaufmann Schneider aus Hegnitz drang die Leuchte in die Brust. Er ist lebensgefährlich verletzt.

**Hannau, 15. August.** Gegen die Milchverkäuferei. Nun hat auch Hannau seinen Milchkrieg. Auch die Hannauer Agrarier erhöhen den Preis für Vollmilch von 16 auf 18 Pf. Gegen diesen Raubzug auf die Taschen der Einwohner wird die Arbeiterklasse ganz entschieden Front machen. Ueber die in Aussicht genommenen Schritte wird den Genossen in den nächsten Tagen das Nähere mitgeteilt werden. Schon heute aber muß es heißen: Taschen zu und den unverhämten Großagrariern gezeigt, daß Hannauer Arbeiterklasse sich nicht die notwendigen Lebensmittel so ohne weiteres verteuern läßt. Kauft keine verarbeitete Milch!

**Janer, 14. August.** Volksversammlung. In einem der größten Gebirgsdörfer unseres Kreises, in Pomhien, konnte am Sonntag auf dem Grundstück des Häuslers S. G. 0. 3 eine Versammlung abgehalten werden. An Stelle des verordneten Genossen Kroll aus Landesbut referierte Parteisekretär Genosse E. H. Müller aus Breslau über die bevorstehende Reichstagswahl. Von den zahlreich anwesenden Wegzerrern sagte keiner das Wort zu ergreifen. Bei der Mehrzahl der Versammelten unte unter Redner lebhafteste Zustimmung.

Eine eigenartige Bevormundung wurde der Amtsnotar in diesem Bezirke an. Er schrieb ras die Anmeldebekanntmachung: „Der Versammlungsort ist hirtz dem Scholischen Hause zu wählen und sind die Zugänge zu überwachen und insbesondere zu verhindern, daß Teilnehmer mit dreizehner Zigarre oder Zigarette den Platz betreten, auch Nachbargewürste nicht beibringen zu betreten werden. Auch auf Beachtung des § 17 des Vereinsgesetzes wird hingewiesen.“ Soweit die Anordnungen des Amtsnotars notwendig sind, hat nicht der Versammler, sondern der überwachende Beamte über ihre Durchführung zu wachen. Ans blieb es auch unerklärlich, warum in dem Ortsgarten nicht gepflanzt werden sollte.

**Janer, 14. August.** Die Gewerkschaftler und der Milchkrieg. Dem Besitze der freizugewählten Arbeiterklasse folgend, haben sich auch die Gewerkschaftler mit der Frage der Milchverkäuferei beschäftigt. Sie hatten zu Sonntag eine Versammlung der Milchproduzenten nach dem „Bayer“ einberufen und lösten sich auch keinen großen Hoffnungen auf guten Besuch hinzugeben, sonst würden sie sicher einen größeren Saal gewählt haben. Doch auch dieses kleine Lokal mit einem köstlichen Besuch auf. Das Referat hatte der hiesige Oberbürgermeister übernommen, der keine allzu große Lust zu haben schien, sich mit seinen Getreuen an dem Milchriege zu beteiligen. Doch diese belächelten ihn bald eines anderen und so wurde die Beteiligung am Boykott beschlossen. Etwas trüben Wind in die Versammlung brachte unser Genosse E. H. Müller aus Breslau, der zweimal in die Debatte eintrat und bei seinen Ausführungen lebhafteste Zustimmung fand.

**Janer, 15. August.** Protestversammlung gegen den Milchmischer. Am Sonntagabend fand hier eine von 250 Personen besuchte Versammlung der Milchproduzenten statt, die sich in der Hauptsache aus Frauen zusammensetzte. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen E. H. Müller aus Breslau wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 12. August 1911 im Saale des „grünen Wälders“ in Janer angeordnete Versammlung erklart in der Bescheinigung der Milch eine höhere Gefahr für alle von der Verwertung und anderen Justifikationen unternommenen Maßnahmen zur Regelung der Milchproduktion. Der hohe Wert der Milch für die Ernährung der künftigen Bevölkerung, ihre Unverderblichkeit im Kampfe gegen die Tuberkulose und Sänglingskrankheiten, sowie ihre Bedeutung bei der Bekämpfung des Milchsäurebakteriums, und in der Krankenpflege, machen es zur Pflicht, gegen die Verwertung ganz energisch entgegenzutreten.

Die Versammlung richtet daher an die staatlichen und künftigen Behörden die Bitte, im Interesse der Ernährung der Bevölkerung, die Verwertung der Milch zu untersagen und die Milchproduzenten zu unterstützen. Die Verwertung der Milch zu anderen Zwecken ist als unzulässig zu erklären. Jeder Versuch, die Milch zu anderen Zwecken zu verwenden, ist als Verstoß gegen die öffentliche Gesundheit zu betrachten und wird mit allen rechtlichen Mitteln verfolgt werden.

Die Versammlung hat beschlossen, die Verwertung der Milch zu anderen Zwecken nicht zu dulden und fordert daher die Behörden auf, den von der Arbeiterklasse beschlossenen Boykott durchzuführen.

Wir bitten alle Hausfrauen und Konsumenten dringend, entsprechend zu handeln und Aufklärung in jede Wohnung zu tragen, damit der Boykott seine Wirkung nicht verfehlt. Der Konsumverein Strie-au gibt während der Verteuerung konzentrierte Schmelzmilch zum Einkaufspreis an seine Mitglieder ab. Man kauft keine Tropfen Milch zum erhöhten Preise!

**Striegau, 15. August.** Vom Milchriege. In einer starkbesuchten Versammlung, wovon die reichliche Hälfte Frauen waren, nahm die hiesige Arbeiterklasse Stellung zu der Erhöhung der Milchpreise. Das Referat hielt Genosse O. S. r. o. t. h. Waldenburg, der in seinem zweistündigen Vortrage die heutige agrarische Wirtschaftspolitik und die Vergehrlichkeit der Junker in scharfen Worten geißelte. Aus den vom Referenten angeführten Tatsachen mußte jedem klar werden, daß ein Grund zur Erhöhung der Milchpreise durchaus nicht vorliegt. Die Großagrarien sind es, die aus unerer Zollgesetzgebung den Nutzen ziehen, während die kleinen Besitzer davon absolut keinen Nutzen haben, und auch bei der jetzigen Milchverkäuferei nur den Großen die Kassenlappen aus dem Feuer holen sollen. Dieser Beutezug der nimmerlatten Agrarier müsse abgeschlagen werden, denn dringen sie mit dieser Verteuerung durch, dann wird die zweite bald folgen. Die Frauen sollten so lange Ersatzmittel verwenden, bis der Preisanschlag zurückgezogen ist. Der Konsumverein liefert während des Milchkrieges diese Ersatzmittel zum Selbstkostenpreise. Wenn davon in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht wird, dann können die Agrarier ihre Milch selbst auslöfen. Genosse O. S. r. o. t. h. hob noch hervor, daß durch den letzten Milchkrieg in Waldenburg die Frauen den Wert der politischen Organisation erkannt haben. Die Zahl der politisch organisierten Frauen habe deshalb eine erfreuliche Zunahme erfahren, was sich die Frauen in Striegau zum Muster nehmen sollten. Eine Debatte fand nicht statt. Nachdem eine vom Vorstand vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung: Kauft keine verteuerte Milch.

**Posen, 15. August.** Der Typhus greift in der Provinz Posen immer weiter um sich. In Schneidemühl ist er immer noch nicht ganz erloschen. Gestern wurden Fälle von Typhus in der Provinzial-Irrenanstalt in Zielauka festgestellt. Im Kreise Wirsitz hat der Landrat das Baden in der Neße wegen Typhusgefahr verboten. In Cray ist die Schule wegen Erkrankung des Lehrers geschlossen worden.

**Posen, 15. August.** Die Revolverkugel als Arbeitslohn. Ein tragischer Vorfall, der mit dem Tode eines blühenden Wanderschauspielers endete, ereignete sich am Sonntagabend nachmittag bei den hiesigen Brunnenbauten auf dem Eichwaldwäldchen. Dort hatte eine Kompanie von 15 Mann für den morgigen Montag einen neuen Aufseher, namens W. a. t. h. l., ernannt, der die Arbeiter in einer äußerst ungeschickten Weise behandelte. Die Arbeiter deshalb die Entlassung des Aufsehers und legten, als diese nicht erfolgte und sie auf ihrem Stande auch nicht einem anderen Aufseher zugestimmt wurden, sich die Pistole nieder. Sie wurden daraufhin für entlassen erklärt und von dem den Bau leitenden Ingenieur K. l. e. i. n. e. r um 4 Uhr nachmittags in sein Bureau zur Lohnanszahlung bestellt. Die Arbeiter Valentin K. r. z. e. j. i. n. e. t. i., Michael D. e. h. m. e. l. und der nicht auf dem Bau beschäftigte Arbeiter Stefan S. o. b. l. o. w. i. a. l., der für seinen entlassenen Vater das Geld in Empfang nehmen sollte, erschienen etwas später. Sie erwiderten ihr Geld darum nicht, wurden vielmehr auf 6 Uhr nach der Bauhalle bestanden, wo ihnen ihr Lohn ausbezahlt werden sollte. Darüber kam es zu einem Streit zwischen dem Ingenieur und den drei Arbeitern, in dessen Verlauf die letzteren gegen den Ingenieur tätlich wurden; es heißt, sie seien mit ihren Spaten auf ihn eingedrungen. Der Ingenieur zog darauf einen Browningrevolver und schoß den Arbeiter Stefan S. o. b. l. o. w. i. a. l. nieder. Der hinter letzterem stehende Arbeiter K. r. z. e. j. i. n. e. t. i. wurde ebenfalls in den Unterleib getroffen. Während der ersten nach wenigen Minuten verstarb, wurde letzterer in das Krankenhaus geschafft, nach Anlegung eines Verbandes jedoch wieder entlassen. Es heißt, daß der Ingenieur in K. o. m. e. r. g. e. h. a. n. d. e. l. habe, weshalb er nach Freilassung des Tatbestandes nicht nur auf freiem Fuße belassen, sondern ihm auch die Schußwunde wieder ausbehandelt wurde und ihm außerdem noch zwei Schußläsionen an seiner persönlichen Sicherheit auf dem „promontierten Posen“ kommandiert wurden. Der erschossene Arbeiter, der auf der Anstellung als Geniehdauer beschäftigt war, hinterläßt seine Witwe und drei unermüdete Kinder. — Damit kann doch unendlich her traumatische Vorfall erledigt sein. — Es ist doch begreiflich, daß Arbeiter, die sich eine brutale Behandlung eines Aufsehers nicht gefallen lassen wollen und deshalb entlassen werden, in Erregung geraten, wenn sie auf ihrem lauter verdienten Lohn noch so und so lange warten müssen. Der schicksalhafte Ingenieur hätte den Genossen lieber ihr Geld auszahlen lassen, als sie niederkutscheln. Wie wäre es wohl den Arbeitern ergangen, wenn sich der Vorfall umgekehrt abspielte hätte?!

### Aus Oberschlesien.

#### Der Kampf um den Wammow.

Vor einiger Zeit teilten wir unseren Lesern als Kuriosum mit, in welcher Form die Steuerbehörde in Cosel zur Deckung des Reichsdalles etwas beitragen will, indem sie sich den Sozialdemokratischen Verein in Alt-Cosel, oder vielmehr dessen Statuten, als Steuerobjekt angesehen hat. Wir nahmen diese Steuerforderung nicht recht traglich, denn die Behörden, und besonders die in Oberschlesien, haben schon recht oft die Mittelwelt ins Staunen versetzt. Wenn wir aber geglaubt hatten, daß unser Hinweis auf die Unhaltbarkeit der Steuerforderung die höheren Behörden veranlassen würde, den Coseler Herren klar zu machen, daß man sich doch das Stempelsteuergesetz erst richtig ansehen müsse, ehe man solche hanebüchene Forderungen erhebt, dann haben wir uns aufheben lassen. Ein vom 1. August datierter neuer Steuerbescheid lautet:

„Als Rechtshaber des Sozialdemokratischen Vereins in Alt-Cosel werden Sie hiermit nochmals aufgefordert, die Statuten dieses Vereins, welche nach Tarifstelle 25, 1 des Preussischen Stempelsteuergesetzes in der Fassung vom 20. Juni 1909 mit 5 Mark stempelplichtig sind, bis zum 17. (siebenzehnten) d. Mts. unter gleichzeitiger Zahlung des Stempels zur Verwertung vorzulegen, oder die erfolgte Verwertung nachzuweisen.“

Sollte bis zu diesem Tage die Verwertung nicht erfolgt oder nicht nachgewiesen sein, so wird der Stempelbetrag von 5 Mark ungeachtet zwangsweise von Ihnen eingezogen werden.

„S. S. o. e. b. e. r.“

Der erste Vorfall eine Erhebung von Cosel, so scheint der zweite im Wammowkreis der höheren Behörden, viellecht sogar des Provinzial-Steuerdirektors erfolgt zu sein. Es ist ja begreiflich, daß man das Gesetz genau so ausgelegt haben möchte, daß die „roten Wälder“ zahlen müssen. Bei den vielen sozialdemokratischen Vereinen, die sich von Tag zu Tag mehr bilden, würde das eine erhebliche Summe bringen. Der Staat könnte jedenfalls ein gutes Geschäft machen und darüber, daß die Coseler Behörden zur Erhebung des Stempels beitragen, wenn den vielen Coselern die in diesem Sinne stehen.

Wir wären sehr froh, ob denn auch die Patrioten aller Schichten diesen Steuerbescheid sehen, haben wir leider keine Mittel, diesen Bescheid in Cosel zu verbreiten. Wir hoffen, daß die Coseler, wie es mit dem: „Vor dem Gesetz ist jeder Fremde gleich“ heißt, und haben gegen diese unverständliche Steuerforderung Beschwerde eingelegt.

**Neustadt O. S., 15. August.** Bitte Bitte! Ihr Verlangen! So bringt es in angestauten Tönen aus dem schwarzen Herzen der Neustädter Zeitung. Und warum denn eigentlich sollen die Behörden der Verfechterin des Brotwuchers zu Hilfe eilen? Trost in dem still darobenden, frommen Neustädter die rote Gefahr? O nein, Sunzgen und beten ist die Parole. Nur das böse Gewissen des Volksrats, geweckt durch unsere verteilte Broschüre: „Beamtenschaft und Sozialdemokratie“ ist es, das diese konfuse Angstfrage hervorbringt. Auch noch über andere von uns beabsichtigte Aufklärungsarbeit will das Zentrumslächchen von zuverlässiger Seite unterrichtet sein, und dieses alles soll nun mit Hilfe der Behörden veretelt werden, denn das Blatt schreibt:

„Offentlich werden die in Betracht kommenden Behörden, soweit es ihnen möglich ist, recht bald die nötigen Maßregeln treffen, damit die Beamten und Arbeiter von solchen Irreführungsversuchen verschont bleiben. Das fromme Organ schlägt sich übrigens mit diesem Dilemma selbst auf das Unerwartete. Denn in ein und derselben Nummer faßt die Neustädterin von der „gebührenden Abfuhr“ der von Zug und Entstellungen wimmelnden Broschüre. Die Wichtigkeit der Abfuhr ist somit zugegeben und als probates Mittel zur Rettung sieht das schwarze Organ einzig und allein ein Verbot an die Beamten, das ihnen die Informierung durch sozialdemokratische Schriften untersagt. Wo bleibt denn da die Besorgnis von politisch gut gefassten Beamten- und Arbeiterkreisen, bei denen die roten Agitatoren kein Glück haben werden. Alles Verleaneheitsprodukt, die uns zeigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß von unserer Aufklärungsarbeit die Schwarzen für sich nichts gutes erwarten. Darum Parteigenossen, das schwarze Angst- und Hilfesgeschrei sei Jedem ein Ansporn mitzuhelfen an der Zerkleinerung des Lug- und Truggewebes des klerikalen Jesuitentums um die Sinne der Masse strickt.“

**Neustadt, 15. August.** Genarte Proletariat. In der vorigen Woche fand sich beim Gastwirt Dörner in Wammow ein Herz ein, um sich dessen Saal für eine Sonntag nachmittags abuhaltende Bedenarbeiterversammlung zu sichern. Es wurde dann auch für die Versammlung Kellame gemacht und hatten sich schließlich eine Anzahl Personen eingefunden. Diese saßen und saßen nun in dem Lokale, ohne daß ein Redner erschienen, oder ihnen sonstige eine Mitteilung geworden wäre. Die Erschienenen mußten also darauf verzichten, von einem Redner des „Sozialen Ausschusses“ angezogen zu werden und schimpften, es solle sich ja nicht wieder ein Christlicher sehen lassen.

**Ratibor, 15. August.** Wegen Erbstreitigkeiten zum Mörder geworden. Montag nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr erlief der Hausbesitzer Anton D. u. g. o. s. c. h. seine 29 Jahre alte Schwägerin, die Ehefrau seines Bruders Albrecht Flugold, Tochter des Stadtverordneten Pollok, und zündete soann die Wohnung seines Bruders an. Die ganze Wohnung ist niedergebrannt. Der Mörder und Brandstifter wurde verhaftet. Das Motiv zu der Tat ist in Erbstreitigkeiten zu suchen.

**Ratibor, 15. August.** Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftslokale, Jungferstraße 3. Die wichtige Tagesordnung, darunter ein Vortrag des Genossen O. S. o. r. i. n. g., erfordert das vollzählige Erscheinen aller Mitglieder. Mitsiedlungslegitimiert.

**Abnauhütte, 15. August.** Sozialdemokratische Bergewaltigung. Unter dieser Ueberschrift bringt der von Gott und von allen vernünftigen Menschen verlassene „Ober-schlesische Kurier“, das bekannte Zentrumslächchen, einen Artikel, der wieder mal nachweisen soll, wie gemeingefährlich die freien Gewerkschaften sind, die er nur unter der Fabel „sozialdemokratisch“ verbucht. Diesmal fand er in der Mappe des Reichsverbandes einen angeblichen Fall von Terrorismus in Nürnberg, wo die dortigen Arbeiter für zwei andersorganisierte Kollegen die Entlassung erwirkt haben sollen. Beim ersten Anblick ersieht man, daß das ganze Geschreibsel ein Witzstück vom Reichsverbande ist und nur auf Dumme eine Wirkung haben kann. Sollte dem „Kurier“ etwa nicht bekannt sein, daß weiterere Katholiken, die man in Oberschlesien in allen möglichen Vereinen findet, täglich andersgestunte oder organisierte denunzieren, wobei der „Kurier“ ihnen immer die nötige Hilfe angeheihen läßt. Man erinnere sich nur daran, daß die Herrschaften es fertig gebracht haben, in Leobschütz vier Familienväter zu denunzieren, die dann ausgewiesen wurden und man hat für die Gesellschaft nur das eine Wort — Wui Teibel!

**Leobschütz, 15. August.** Wahlkreis-Konferenz. Die diesjährige Kreis-Konferenz tagte am Sonntag im Gewerkschaftslokale in Leobschütz. Anwesend waren 8 Delegierte von 3 Ortsvereinen, 4 Mitglieder der Kreisleitung und Genosse O. S. o. r. i. n. g. -Beuthen als Vertreter der Bezirksleitung. Der Jahresbericht der Kreisleitung zeigte ein langames aber stetiges Fortschreiten der Bewegung. Nach eingehender Debatte wurde der Kreisleitung Entlastung erteilt, und dieselbe einstimmig wiedergewählt. Eine sehr lange Debatte entfiel der Punkt: die bevorstehenden Reichstagswahlen. Nachdem die Agitation und die Organisation zu den Wahlen bis ins einzelne besprochen und festgelegt, wurde Genosse Ernst Trappe-Beuthen einstimmig zum Reichstagskandidaten nominiert.

Zum Parteitag wurden Stein-Weendorf und Brosche-Dirschel delegiert, und zum Deutschen Parteitag O. S. o. r. i. n. g. -Beuthen. Nach Erledigung diverser interner Angelegenheiten wurde die in bester Harmonie verlaufene Konferenz nach 3 stündiger Dauer geschlossen.

### Briefkasten

- Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
- Hilfswort.** Der Gastwirt Josef Hoffmann, Frankfurtstr., Ecke Hologauerstr. ist damit nicht gemeint.
- E. S. A. r. i. a. u.** 1. Wenn die Wohnung nicht von einem anderen Mieter benutz wird, müssen Sie für das ganze Vierteljahr die Miete zahlen. 2. Das Wassergeld muß von Ihnen gezahlt werden, wenn die örtlichen Bestimmungen Sie dazu verpflichten. 3. Von der Frau hat der Wit nicht zu verlangen.
- Reinhörsdorf.** Wer nach auswärts verzieht, ist bis zum Ablauf des Mietvertrages zur Zahlung der Miete verpflichtet. Nur Militärpersonen, Beamte, Geistliche und Lehrer können bei Verletzungen vorzeitig kündigen und ausziehen. Versuchen Sie, sich mit dem Witte zu einigen.
- S. S. o. b. e. r. s. t. r. a. s. e.** Wenn der Arbeitsbursche eine Karte verloren hat, darf ihm der Lohn nicht zurückbehalten werden. Die Firma ist beim Gewerbenrecht zu verklagen.
- H. S. 1.** Das Sparschneidbuch muß die Mutter zurück erhalten und klagen, wenn es nicht freiwillig gegeben wird. 2. Die Geschenke kann sie nicht bekommen.
- R. S. e. h. i. g. e. r. s. t. r. a. s. e.** Vor etwa 80 Jahren, genau wissen wir es nicht.
- R. S. e. h. i. g. e. r. s. t. r. a. s. e.** Das Abonnement auf Versicherungsblätter können wir in keinem Falle empfehlen. Diese Zeitung ist für alle anderen Versicherungsblätter, nicht besser und nicht schlechter.
- Bergschäfers bei Pannau.** Sie müssen sich an den Kreis-ausschuss wenden.
- S. S. o. r. i. n. g.** Nein, die Schwester kann nichts mehr fordern, denn die Forderung ist in zwei Jahren verjährte; dagegen muß der Bruder kein Erbeil bekommen.
- R. 100.** 1. Nein. 2. Ja, das ist nur ein Titel, der nichts einbringt. 3. Nein. 4. Kommerzienrat bedeutet Handelsrat.

### Weidet den Schnaps.